



## **Hauptausschuss**

**42. Sitzung (öffentlich)**

**Zu TOP 1 gemeinsame Sitzung mit:**

## **Ausschuss für Kultur und Medien**

**47. Sitzung (öffentlich)**

24. September 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 13:35 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD) (Vorsitzender des HPA);  
Daniel Schwerd (PIRATEN) (Stellv. Vorsitzender des AKM)

Protokoll: Simona Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |          |   |           |
|----------|---|-----------|
| <b>1</b> | <b>Landesstelle Unna-Massen – dokumentieren und in Erinnerung behalten</b>  | <b>5</b>  |
|          | Antrag der Fraktion der CDU<br>Drucksache 16/8126<br>– Zuziehung von Sachverständigen<br><br>Der Ausschuss hört Sachverständige an. |           |
| <b>2</b> | <b>Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2014</b>   | <b>32</b> |
|          | Vorlage 16/2974   |           |

In Verbindung mit:**Bericht an den Hauptausschuss des Landtags gem. § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) für das Jahr 2014**

Vorlage 16/2940

- Bericht der Landesregierung sowie Vorstellung und Erörterung mit dem Leiter des Verfassungsschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Burkhard Freier

MDgt Burkhard Freier berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)****48**Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/9300Vorlage 16/3184 (Erläuterungsband zu EP 02)  
Vorlage 16/3174 (Erläuterungsband zu EP 07, S. 145 ff.)

- Einführungsberichte im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 01 – Landtag  
Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin  
Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung  
Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof

Der Ausschuss nimmt die Einführungsberichte entgegen. Die Einzelberatung folgt am 29. Oktober 2015.

**4 Entwurf einer Verordnung zur Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an die „Union progressiver Juden in Deutschland“ mit Sitz in Bielefeld****57**

Vorlage 16/3034

- Anhörung des Ausschusses gemäß § 2 Körperschaftsstatusgesetz

Der Ausschuss wurde angehört.

Hauptausschuss (42.), Ausschuss für Kultur und Medien (47.) nur TOP 1 24.09.2015  
Gemeinsame Sitzung. Sitzung (öffentlich) Roe

**5 Gesetz zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag) 58**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/9516

Die FDP-Fraktion beantragt die Durchführung einer öffentlichen Anhörung.

**6 Eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle für Nordrhein-Westfalen schaffen 59**

Antrag der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/8974

Der mitberatende Hauptausschuss will sich an der vom federführenden Innenausschuss beschlossenen öffentlichen Anhörung, die am Dienstag, dem 16. Februar 2016, ab 14 Uhr stattfinden soll, nachrichtlich beteiligen.

**7 Verschiedenes 60**

Ausschussvorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann regt an, im Jahr 2016 Gedenkstätten in Nordrhein-Westfalen zu besuchen.

\* \* \*



## Aus der Diskussion

### 1 Landesstelle Unna-Massen – dokumentieren und in Erinnerung behalten

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 16/8126

– Zuziehung von Sachverständigen

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann (HPA):** Ich begrüße die Sachverständigen ganz herzlich und danke Ihnen für die eingegangenen Stellungnahmen. Wir haben im Vorfeld vereinbart, dass Sie zunächst Gelegenheit für ein kurzes mündliches Statement erhalten, maximal fünf Minuten. Anschließend steigen wir in die Frage- und Antwort-Runde ein. Ich möchte auch die Abgeordneten gerne daran erinnern, bei der Anhörung einen Zeitrahmen von maximal 90 Minuten einzuhalten, da wir heute eine umfangreiche Tagesordnung haben.

**Werner Kolter, Bürgermeister der Stadt Unna:** Ganz herzlichen Dank für die Einladung! Ich habe es in der Endphase des Bürgermeisterwahlkampfes nicht geschafft, eine schriftliche Stellungnahme abzugeben.

Meine Einschätzung:

Die ehemalige Landesstelle Unna-Massen ist ein wichtiger Ort der nordrhein-westfälischen Landesgeschichte, insbesondere in der Nachkriegszeit von 1950 bis zum heutigen Tage. Daher begrüßt die Stadt Unna nachhaltig alle Initiativen, die die geschichtliche Bedeutung und die tatsächliche Entwicklung dieses Ortes aufarbeiten.

Viele von Ihnen haben die Landesstelle in den letzten Monaten besucht. An dieser Stelle noch einige Hinweise zur Entwicklung der Landesstelle; im Antrag der CDU-Fraktion ist das weitestgehend nachzulesen.

2009 hatte das Land diese Landesstelle aufgegeben, hatte sich komplett zurückgezogen, auch das Kompetenzzentrum für Integration abgebaut und die Restbestände nach Arnsberg verlagert. Der Stadt wurden die leeren Gebäude und quasi die Planungshoheit übergeben. Die Gebäude sind bis heute im Besitz des Bundes und des Landes. Ein Teil wurde von einer privaten Hochschule mit weiteren Standbeinen in Berlin und Erdingen erworben. In Unna hat sie ca. 400 Studienplätze. Wir haben mit dieser Hochschule planerisch auch die Landesstelle neu ausgerichtet, sie zu einem Ort des Lernens entwickelt. Weitere Ergänzungsinvestitionen für hochschulbezogenes Wohnen sind geplant.

2013 ist das Land in der sich langsam anbahnenden kritischen Flüchtlingsentwicklung auf uns zugekommen und hat um eine kurzfristige Wiederaufnahme von Teilen der Landesstelle für die Belegung gebeten. Wir haben diesem Begehren des Landes zugestimmt. Aus einer kurzfristigen Perspektive entwickelte sich eine dramatische Situation; die Zahlen sind Ihnen bekannt.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Wir als Stadt Unna haben dann Ende 2014 eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Land abgeschlossen – unter Wahrung unserer Planungsziele. Es gab ja vorher ein Rechtsstreitverfahren zu der Frage, ob das Land die Landesstelle überhaupt noch mal belegen darf. Die Gerichte haben zugunsten der Stadt Unna entschieden. Die endgültige Aufgabe 2009 durch die damalige Landesregierung war rechtlich einwandfrei und unstrittig.

Wir haben also einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Land, aus dem hervorgeht: Für die nächsten zehn Jahre wollen wir Hochschule und Landesstelle als Erstaufnahmeeinrichtung neuen Typs gemeinsam weiterentwickeln. 600 Plätze, maximal 800 für drei Monate. Das ist die Spielregel – weil ein privater Investor dort selber Flächen gekauft und entwickelt hat und eine Parallelentwicklung sicherlich sehr anspruchsvoll ist.

Die augenblickliche Belegung ist allerdings wesentlich höher. Das Land verstößt also im Prinzip gegen den öffentlich-rechtlichen Vertrag. Aber der Rat der Stadt Unna hat mich ermächtigt, dort im Augenblick stillzuhalten; denn die tatsächliche Situation in Nordrhein-Westfalen und in vielen anderen Bundesländern ist ja bedrückend.

Vor diesem Hintergrund möchte ich gerne noch einige konkrete Hinweise zu dem Antrag geben.

Ich glaube, wir sollten in einer solchen Erinnerungsstätte die gesamte Geschichte der Zuwanderung betrachten, also sowohl die erste Phase der Heimatvertriebenen als auch die späteren Phasen der Ostaussiedler, der Menschen, die aus der ehemaligen Sowjetunion und vom Balkan kamen, der Kontingentflüchtlinge und vieler anderer Menschen, die in dieser Landesstelle einen ersten Zugang zu Nordrhein-Westfalen gefunden haben.

Ort des Lernens, das heißt für mich: ein Ort, an dem man mit den modernsten medialen Mitteln auch selbst lernen kann – also die mediale Technik nutzen, weniger ein Heimatmuseum entwickeln. Es sollte wirklich ein Ort sein, wo man sich über die Thematik „Zuwanderung, Flucht, Vertreibung, Kriegsflüchtlinge“ informieren kann.

Ich rege an, eine solche Entwicklung in enger Kooperation mit der am Ort befindlichen Hochschule zu machen. Die Hochschule hat Veranstaltungsräume, Lehrräume. Es ist ja eine semivirtuelle Hochschule, das heißt, die Studenten sind immer nur zeitlich befristet in Unna-Massen, sodass man die Chance hätte, um diesen Erinnerungsort herum zum Beispiel auch die von der Hochschule bisher gebauten Unterbringungsmöglichkeiten für Klausurtagungen, Seminare, Treffen zu nutzen.

Der Ort selber kann ein Raum sein, kann ein kleineres Gebäude sein aus dem Besitz des Landes, kann vielleicht aber auch ein neu zu schaffender architektonisch interessanter Kubus sein.

Ich finde, dass man das zusammenführen kann. Meine Empfehlung wäre, die Entwicklung der nächsten Monate in Unna-Massen im Auge zu behalten, zu schauen, welchen Typs sich die Erstaufnahmeeinrichtung in Massen entwickelt, wie dort in Zukunft – das Land hat sich ja zehn Jahre Zeit ausverhandelt – Integrations-, Zuwanderungs- und Asylprozesse neu gestaltet werden. Im Augenblick ist das alles in einer

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

krisenhaften Situation, in einem Krisenmodus. Ich würde mir als Land die Zeit nehmen, drei bis sechs Monate abzuwarten. Dann entsteht, glaube ich, ein Stück mehr an Struktur.

Ich meine, dass man den neu ankommenden Menschen in Unna-Massen auch mit einer solchen Erinnerungsstätte mutmachende Informationen geben kann, dass Zuwanderung und Integration in diesem Land gelingen können.

**Prof. Dr. Winfrid Halder (Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus) (Stellungnahme 16/3042):** Wir haben in unserer schriftlichen Stellungnahme darauf hingewiesen, dass wir das Anliegen, eine Erinnerungsstätte zu schaffen, für sehr wichtig halten. Das ist ein wichtiger Teil der Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens. Wir sind aber auch dafür, über den Antragstext hinaus den inhaltlichen Rahmen zu erweitern, weil es nicht „nur“ die Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem historischen deutschen Osten gibt, sondern auch andere Zuwanderergruppen – die Herr Kolter schon aufgezählt hat –, die aus ganz unterschiedlichen Provenienzen kommen, die ebenfalls berücksichtigt werden sollten. Es versteht sich von selbst, dass die örtlichen Instanzen, Eigentumsverhältnisse usw. bei jeder Planung und Umsetzung berücksichtigt werden müssen.

Wir haben in unserer schriftlichen Stellungnahme in aller Kürze versucht, mögliche Varianten der Umsetzung anzureißen. Dort im Idealfall ein eigenständiges Museum zu schaffen wäre eine reizvolle Überlegung, aber wird wohl an sachlichen und insbesondere an finanziellen Hindernissen scheitern. Jedenfalls ist die Umsetzbarkeit aus unserer Sicht fraglich. Aber wir haben auch mehrere mögliche sowohl verhältnismäßig einfache als auch verhältnismäßig kostengünstige Varianten entwickelt, etwa die eines begehbaren Erinnerungsortes.

Die Anbindung an vorhandene Einrichtungen sollte grundsätzlich gegeben sein, beispielsweise an die Hochschule. Wir haben auch an das örtlich vorhandene Hellweg-Museum gedacht. Da ist museale Kompetenz vor Ort vorhanden, die man einbinden könnte und auch unbedingt einbinden sollte.

Darüber hinaus besteht natürlich auch die Möglichkeit, an die Schaffung einer Wanderausstellung zu denken, sodass man nicht ortsgebunden, sondern landesweit die Geschichte der Landesstelle und die Bedeutung, die sie innerhalb der Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens hatte, zeigen und zugänglich machen, im wörtlichen Sinne sichtbar machen kann. Das ist relativ einfach und würde auch die Reichweite der Vermittlung vergrößern.

Dass man eine Erinnerungsstätte vor Ort technisch mit modernen museumsdidaktischen Mitteln ausstatten könnte, haben wir in unserer schriftlichen Stellungnahme ebenfalls kurz angeschnitten.

Schließlich ist im Antrag auch der Wunsch formuliert, die vorhandenen Erinnerungsmale – davon gibt es ja mehrere auf dem derzeitigen Gelände – zu erhalten und einzubeziehen. Auch das befürworten wir unbedingt. Die könnten entweder vor Ort bleiben und durch eine Beschilderung ergänzt werden, um sie auch für künftige Besucher verstehbar zu machen, oder aber sie könnten an einem begehbaren Erinne-

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

rungsort zusammengeführt werden – oder in welcher architektonischen Umgebung auch immer man das umsetzt.

**Prof. Dr. Michael Schwartz (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) (Stellungnahme 16/3025):** Meine Damen und Herren, ich freue mich, hier bei Ihnen die Gelegenheit zu haben, mit Ihnen zu diskutieren.

Der zugrundeliegende Antrag der CDU-Fraktion wird von mir prinzipiell begrüßt und unterstützt. Ich halte es für außerordentlich gut und wichtig, in dieser Form an die landesspezifische Geschichte von Flucht, Vertreibung, Zwangsmigration, aber auch mehr oder weniger gelingende Integration zu erinnern.

Die etwas kritischen Punkte habe ich in meiner schriftlichen Stellungnahme etwas ausführlicher dargelegt. Ich will sie hier nur kurz berühren.

Ich glaube, es gibt eine gewisse Spannung zwischen dem Wunsch, der im Antrag enthalten ist, eine Vertreibungserinnerungsstätte zu machen, und dem gewählten Lernort Unna-Massen. Vertreibung und Vertriebenenaufnahme haben im Wesentlichen vor der Gründung dieses Hauptdurchgangslagers stattgefunden. Insofern können Flucht und Vertreibung nicht wirklich der Erinnerungsschwerpunkt für Unna-Massen sein. Allerdings wäre zu überlegen, ob es nicht gelingen kann, unter Einbeziehung von Siegen-Wellersberg – das ja das damalige Hauptdurchgangslager gewesen ist – eine Brücke zu schlagen. Denn ohne Flucht und Vertreibung der 40er- und 50er-Jahre gäbe es Siegen-Wellersberg nicht.

Ich darf daran erinnern, dass es in Siegen auch eine kommunalpolitische Initiative für eine Erinnerungstafel auf dem noch erhaltenen Kasernentor gibt, die von der SPD-Fraktion ausgegangen ist. Leider ist es seit Jahren nicht gelungen, hier zum Abschluss zu kommen. Möglicherweise könnte vom Land ein Synergieeffekt ausgehen und es könnten Querverweise auf diese beiden Erinnerungsorte stattfinden.

Letzten Endes steht Unna-Massen – das ist von den Vorrednern schon zu Recht erwähnt worden – für ein sehr viel breiteres Spektrum an Flucht, Vertreibung, Zwangsmigration sowie Integration. Ich glaube, man hat bei Unna-Massen die große Chance, darzulegen, wie viele unterschiedliche Kriegsfolgenschicksale allein in der deutschen Nachkriegsgesellschaft vorhanden gewesen sind – neben Flüchtlingen und Vertriebenen auch Aussiedler und Spätaussiedler, aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrende Soldaten, ein breites Spektrum von DDR-Flüchtlingen –, sodass man hier ganz unterschiedliche Kontexte und Integrationsvoraussetzungen thematisieren kann. Das zeigt, wie groß die Nachkriegsprobleme gewesen sind.

Wichtig ist auch, die nichtdeutschen Flüchtlinge, insbesondere die, die durch Unna-Massen gegangen sind, in ihrer Breite zu thematisieren. Letzten Endes kommen wir, wenn wir einen Lernort in umfassender Weise konzipieren, dem bundesrepublikanischen Gedenktag, der dieses Jahr zum ersten Mal an Flucht und Vertreibung der aktuellen Flüchtlingsbewegungen erinnert hat, relativ nahe. Der Bundespräsident hat ja in seiner Rede auf die Chance zur wechselseitigen Empathie, die daraus erwachsen könnte, sehr nachdrücklich hingewiesen. Das heißt, die Erinnerung an deutsche Flüchtlinge und Vertriebene kann Empathie für heutige Flüchtlinge schaffen und um-

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

gekehrt. Es ist ja nicht so, dass in der deutschen Gesellschaft die Empathie für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in allen Spektren schon hinreichend vorhanden wäre.

Ich halte die im CDU-Antrag genannte Broschüre über die Landesstelle Unna-Massen für eine gute Anfangsgrundlage. Sie wäre allerdings um verschiedene Punkte zu erweitern. Zwei liegen mir besonders am Herzen:

Der eine ist die undifferenzierte Erfolgsgeschichte der Integration. Ich habe dazu schon im Vorjahr hier vor Ihrem Gremium ausführen dürfen und das auch schriftlich niedergelegt. Im Wesentlichen ist Integration eine Erfolgsgeschichte. Aber es gibt auch individuelle Geschichten des Scheiterns oder großer Probleme. Das sollten wir an einem solchen Lernort ebenfalls thematisieren.

Der andere ist die Dimension gleichzeitiger Opfer/Täter-Biografien. Das muss sich nicht nur auf deutsche Zwangsmigranten beschränken. Wir haben ja gelernt, dass auch Flüchtlinge aus Ruanda Täter im Genozid gewesen sein können. Wir müssen diese Ambivalenz, dass sich unter den Opfern frühere Täter befinden können, ebenfalls ansprechen.

Zum Schluss zum Gedenkstein für Flucht und Vertreibung in Unna-Massen: Ich halte das für eine sehr gute Idee. Er sollte allerdings in erläuternder kontextbasierender Weise erfolgen.

**Alexandra Khariakova (Jüdische Gemeinde „haKochaw“ für den Kreis Unna e. V.) (Stellungnahme 16/3018):** Unna-Massen ist für alle Juden, die seit 1990 als Kontingentflüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, ein besonderer Ort. Es ist ein fester Begriff und eine positive Erinnerung an ihre ersten Tage in einem neuen Land. Bis zur Schließung der Landesstelle im Jahre 2009 sind ca. 50.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion hier angekommen und haben im „gelobten Land“ Deutschland ihre ersten Erfahrungen gesammelt. Die Landesstelle Unna-Massen war uns mehr als eine Erstaufnahmestelle. Dort besuchten wir unseren ersten Sprachkurs, knüpften Kontakte zur jüdischen Gemeinde, und Orientierungs- und Informationskurse zeigten uns einen Weg in ein neues Leben.

Wir kamen mit Kindern und voller Hoffnung, dass wir als Juden endlich in einer Demokratie leben können, dass unsere Kinder ihr Judentum als etwas Selbstverständliches betrachten und dass wir hier in Deutschland nicht diskriminiert werden.

Die Schließung der Landesstelle erfolgte im Jahre 2009. Im Mai 2010 wurde in Unna-Massen im ehemaligen Bodelschwingh-Haus – gegenüber der Landesstelle Unna-Massen – ein jüdisches Gemeindezentrum eingeweiht. Dies war das beste Zeichen der gelungenen Integration der eingewanderten Juden. Denn wer fühlt sich integriert? Nur derjenige, der sich am neuen Lebensort zu Hause fühlt, und derjenige, der ein Haus für seine Familie baut.

In den nächsten Tagen wird die Gemeinde dieses Gebäude für einen symbolischen Preis vom Kirchenkreis Unna übernehmen. Eine Synagoge an dem Ort, an dem jüdische Zuwanderer einen sicheren Hafen und ihre neue Heimat gefunden haben, ist auch ein Symbol dafür, dass wir uns integriert fühlen, dass wir zu Hause sind.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Dieses jüdische Gemeindezentrum ist heute Beit Midrasch – ein Haus der Begegnung, des interreligiösen und kulturellen Lernens auch über die Grenze des Kreises Unna hinaus.

Seit dem 1. September dieses Jahres betreut eine Frau, Natalia Verzhbovska, die erste Rabbinerin in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen, die Gemeinde Unna. Rabbinerin Verzhbovska wurde ordiniert am 31. August 2015 in Bielefeld. Das war eine festliche Zeremonie unter der Teilnahme der Ministerpräsidentin unseres Landes, Frau Hannelore Kraft, und des Ministerpräsidenten des Freistaats Thüringen, Herrn Bodo Ramelow.

Viele Besuchergruppen, besonders Schulgruppen, die zu unserer Synagoge kommen, sind an der Geschichte der jüdischen Zuwanderung und der Integration der neuen Mitbürger sehr interessiert. Deswegen wäre ein Erinnerungsort auf dem Gelände der ehemaligen Landesstelle Unna-Massen eine Bereicherung für die ganze Gesellschaft. In diesem Erinnerungszentrum sollte die Geschichte der Vertreibung sowie die Geschichte der Integration wachgehalten werden.

Die Erinnerungsstätte sollte sich nicht nur auf die Vergangenheit und die Geschichte der Vertreibung konzentrieren; auch die erfolgreichen Geschichten von Spätaussiedlern, Vertriebenen und jüdischen Zuwanderern sollte ein Teil der Ausstellung sein. Wir haben viele Beispiele dafür, wie diese Menschen sich in Deutschland eingelebt haben, was für eine Bereicherung sie und ihre Kinder für unser Land sind. Viele Politiker, Ingenieure, Ärzte, Künstler und Wissenschaftler haben einen Migrationshintergrund und tragen viel zum Wohl des Landes bei.

Die Ausstellung unter dem Titel „Angekommen?!“ des Jüdischen Museums Westfalen, wo viele Schicksale der Zuwanderer vorgestellt wurden, könnte ein Beispiel für eine gelungene Situationsanalyse sein.

Wir brauchen ein Zentrum, wo die Nachkriegsgeschichte in ihren unterschiedlichen Aspekten betrachtet wird. Menschen, die diese Geschichte geschrieben haben, sollten im Fokus stehen.

Diese Information wäre auch ein Beitrag für den aktuellen Geschichtsunterricht, die man nicht nur in Schulen einsetzen könnte.

Die historisch hochinteressante Geschichte der Landesstelle Unna-Massen darf nicht in Vergessenheit geraten. Die Vertriebenen, Spätaussiedler und Flüchtlinge haben hier nie gekannte Hilfsbereitschaft und Solidarität erlebt.

Heute sehen wir eine große Flüchtlingswelle, die uns deutlich macht, wie notwendig es ist, einerseits das Leiden der vertriebenen Menschen, andererseits, bei gelungener Eingliederung, aber auch den Nutzen für Deutschland zu dokumentieren und zu präsentieren.

Auch das Kompetenzzentrum für Integration in Unna-Massen dürfen wir nicht vergessen. Die Mitarbeiter der Landesstelle und später des Kompetenzzentrums haben eine große Rolle für die Migranten und Spätaussiedler bei ihrer Integration in die Gesellschaft gespielt. Es gab viele Seminare für die Migrantenselbsthilfeorganisationen,

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

die in großem Maße Hilfe leisteten, indem sie die Multiplikatoren ausgebildet haben, die die Migrantenselbsthilfeorganisationen tatkräftig unterstützten.

Auch die Juden aus Unna nahmen an diesen Seminaren teil und konnten so eine Menge über die Integration von Neuzuwanderern lernen. Bis jetzt sind wir immer auf ein offenes Ohr beim Kompetenzzentrum für Integration in Arnsberg gestoßen.

Ich möchte noch einen weiteren wichtigen Aspekt erwähnen: Nur durch die Aufarbeitung der tragischen Nazivergangenheit lässt sich vermeiden, dass die Geschichte von Millionen vertriebenen Deutschen während der Nachkriegszeit von den Rechtsgruppierungen instrumentalisiert werden kann. Gerade die junge Generation bedarf der Auseinandersetzung mit ihren Wurzeln.

Die liberale jüdische Gemeinde „haKochaw“ bietet Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, ihre Unterstützung an. Wenn Sie ehrenamtliche Kräfte brauchen, werden die jüdischen Zuwanderer Ihnen gerne zur Seite stehen.

Vielen Dank! Schalom!

**Oliver Krüger (Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport) (Stellungnahme 16/3052):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung. Ich bin im Nachbarland Niedersachsen im Innenministerium der Projektleiter für den Aufbau des zeitgeschichtlichen Museums im Grenzdurchgangslager Friedland. Das ist der Anknüpfungspunkt des heutigen Tages: Das Grenzdurchgangslager Friedland hat für Niedersachsen und auch für ganz Deutschland die Bedeutung, die Unna-Massen für Ihr Bundesland hat. Ich möchte Ihnen berichten von den Bemühungen und Anstrengungen, die das Land Niedersachsen leistet, um den Erinnerungsort Grenzdurchgangslager Friedland zu würdigen.

Das Land baut im Grenzdurchgangslager Friedland ein zeitgeschichtliches Museum auf. Es wird im März 2016 eröffnet und die Themen „Flucht“, „Vertreibung“, „Migration“ und „Integration“ in den Fokus rücken. Was wir besonders spannend finden: Es ist ein Museum mit offenem Ende. Es wird die Geschichte von 1945, der Gründung des Grenzdurchgangslagers, bis heute und darüber hinaus am historischen Ort darstellen und innovativ aufbereiten. Das, was heute passiert – da ist die Lage im Grenzdurchgangslager Friedland im Echtbetrieb nicht anders als in der Landesstelle Unna-Massen heute –, die aktuellen Herausforderungen, werden wir ebenfalls museal übersetzen. Das sehen wir als die besondere Herausforderung an: am historischen Ort bei weiterlaufendem Aufnahmebetrieb ein zeitgeschichtliches Museum zu den Fragen dieser Zeit zu schaffen.

Wir haben gemeinsam mit dem ZDF vor drei Jahren das größte Zeitzeugenprojekt in der Geschichte des Landes Niedersachsen gestartet. Über 200 Menschen haben ihre Lebenserinnerungen aus der Zeit von 1945 bis heute mit uns geteilt. Die Ausgangsfragen sind einfach, die Lebensgeschichten, die dabei erzählt werden, sind bewegend. Die Fragen sind: Was sind Ihre Erinnerungen an das Grenzdurchgangslager Friedland? – Diese Erinnerungen können kurz oder lang, gut oder schlecht sein. – Wie war Ihr Leben in dem Gebiet, aus dem Sie gekommen sind? Wie waren

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

die ersten Jahre in Niedersachsen, in Deutschland? – Das über die Zeiten verglichen ist sehr spannend. In den 50er-Jahren, wo noch niemand von Integration gesprochen hat, sondern gehandelt wurde: Wie gelang Integration damals? Wie gelingt sie heute? Wir wollen mit dem Museum Friedland einen Beitrag dazu leisten, dass Integration in Zukunft noch ein bisschen besser gelingen kann.

Über Friedland sind bis heute 4,5 Millionen Menschen gekommen. Um diese Geschichte zu würdigen, möchte ich Ihnen kurz die Genese des Projektes darstellen.

Seit 2000 war das Grenzdurchgangslager Friedland die bundesweit einzige Aufnahmestelle für Spätaussiedler. Die Spätaussiedlerzahlen sind seit 2000 sehr zurückgegangen. Damals kamen noch 90.000 nach Deutschland, ein Jahr später 30.000, 2004, 2005 und 2006 noch 6.000 Spätaussiedler.

Man hat dann darüber nachgedacht, wie man die Ressourcen vor Ort anders nutzen kann. Daraufhin haben alle Fraktionen im Landtag Niedersachsen einstimmig den Beschluss gefasst, die Geschichte des Grenzdurchgangslagers historisch zu würdigen. Dieser Auftrag des Landtages an die Landesregierung hat im Land Niedersachsen das Innenministerium aufgenommen, weil alle Fragen zu Heimatvertriebenen Aussiedlern, Spätaussiedlern und Asylsuchenden im Innenministerium im Echtbetrieb bearbeitet werden. Diese Kompetenz haben wir genutzt. Sie hat sich im Aufbau bewährt. Das Grenzdurchgangslager im Echtbetrieb und das künftige Museum Friedland müssen und wollen eng zusammenarbeiten.

Der Landtag hat Projektmittel zur Verfügung gestellt, um eine Konzeption zu erarbeiten. Wir sind umgeben von vielen Fachleuten, von einem internationalen Beirat, einem Kuratorium, in das alle Landtagsfraktionen einen Vertreter entsandt haben, wo gesellschaftliche Gruppen vertreten sind, Kirchen, Migrantenselbsthilfeorganisationen. Außerdem haben wir die Akteure vor Ort in einen Arbeitskreis eingebunden. Es ist wunderbar, zu sehen, mit wie viel Ehrenamt, Herzblut und Leidenschaft die Menschen dieses Projekt tragen. Was von der regionalen Ebene mit in dieses Projekt hineinkommt, kann man gar nicht hoch genug bewerten.

Wir sind baufachlich beraten worden. 2010 stand die Konzeption. Es fehlten die Haushaltsmittel. Damals hat die alte, schwarz-gelbe Landesregierung den ersten Bauabschnitt, den historischen Bahnhof, mit 5 Millionen € grundfinanziert. Was uns besonders freut: Nach dem Regierungswechsel hat die rot-grüne Landesregierung dieses Projekt mit der gleichen Wertigkeit fortgeführt und den zweiten Bauabschnitt, das moderne Besucherzentrum, mit weiteren 5 Millionen € grundfinanziert.

Wir sind gerade dabei, das Projekt aus dem Innenministerium zu überführen in eine eigene Stiftung des Landes Niedersachsen. Der Landtag stellt die Haushaltsmittel für den laufenden Zuschuss des Landes an die künftige Stiftung. Mit der Eröffnung im März nächsten Jahres wird eine eigene Stiftung das Museum betreiben.

Wir werden das in drei Bauabschnitten realisieren:

Der erste Bauabschnitt ist der historische Bahnhof, ein spannendes Objekt. Hunderttausende von Menschen sind über diesen Bahnhof nach Friedland gekommen und von dort auch wieder abgereist. Hier soll man sich 70 Jahren Geschichte nähern

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

können. „Flucht“, „Vertreibung“, „Migration“, „Integration“ – das sind schwere Themen, das ist eine schwere Kost. Wir wollen sie so darstellen, dass alle Generationen einen Zugang zu diesen Themen finden.

Der zweite Bauabschnitt, das Besucherzentrum, wird das niedersächsische Zeitzeugenzentrum beinhalten. Hier kommen die Menschen zu Wort, die über Friedland nach Deutschland gekommen sind. Dieses Zeitzeugenprojekt ist ein Projekt mit offenem Ende. Es wird auch im musealen Betrieb weitergeführt werden.

Den dritten Bauabschnitt finden wir besonders spannend: Vor der Kirche St. Norbert in Friedland, wo Bundeskanzler a. D. Konrad Adenauer die letzten 10.000 Heimkehrer empfangen hat, wird die Akademie Friedland entstehen – eine internationale Jugendbegegnungsstätte, ein außeruniversitärer Forschungsort. Wir wollen die Jugend Europas nach Friedland holen und zu den schweren Themen „Flucht“, „Vertreibung“, „Migration“ und „Integration“ forschen lassen. Wir freuen uns ganz besonders, dass die musealen Aktivitäten des Landes bereits europäisch gewürdigt werden. Wir sind seit Kurzem – bereits im Aufbau – Mitglied eines europäischen Museumsverbundes mit Häusern in Mailand, Den Haag und in Lettland, die sich diesen Themen widmen.

Abschließend darf ich die Vertreter beider Ausschüsse ganz herzlich einladen, uns in Friedland zu besuchen, um zu sehen, wie ein museales Konzept gelingen kann, wenn ein Echtbetrieb – vor einigen Monaten wussten wir alle nicht, welche Herausforderungen uns in ganz Deutschland ereilen würden – kombiniert wird mit einem musealen Betrieb. Wir sind sehr zuversichtlich, dass dieses Experiment, das in Deutschland ein Alleinstellungsmerkmal hat, spannend werden kann und auch ein wichtiger Baustein in der Debatte über Zuwanderung und Willkommenskultur werden kann.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann (HPA):** Vielen Dank für die Einladung. – Wir kommen jetzt zur Diskussion.

**Werner Jostmeier (CDU):** Vielen Dank, meine Damen, meine Herren Sachverständigen, für das, was Sie uns schriftlich vorgelegt haben, und für das, was Sie jetzt mündlich ergänzt haben.

Bevor ich auf die einzelnen Beiträge eingehe und auch die eine oder andere konkrete Frage stelle, darf ich kurz auf den Gesamtkontext hinweisen, den Hintergrund, weshalb wir uns hier heute treffen.

Es ist gerade von Herrn Krüger dargestellt worden: Hannover hat im Jahre 2006 parteiübergreifend den Beschluss gefasst, Friedland zu einem Lernort, einer Gedenkstätte und einer zentralen Stätte der Erinnerungskultur zu machen.

Was Friedland für Deutschland ist, ist Unna-Massen für NRW – allerdings auch mit dem Hinweis, auf den dankenswerterweise mehrfach hingewiesen wurde, dass Unna-Massen erst seit 1951 eine wesentliche Funktion hat und dass wir in diesem Zusammenhang auch die historische Bedeutung von Siegen sehen müssen.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Wir haben in den Jahren 2007/2008 einen entsprechenden Antrag vorbereitet, der dann von der Landtagsmehrheit im Frühjahr 2010 genehmigt worden ist, mit dem Beschluss, dass das Land Nordrhein-Westfalen in Unna-Massen eine entsprechende Gedenkstätte einrichten soll. Dieser Beschluss ist von der Nachfolgeregierung nicht umgesetzt worden, sodass wir das vor einem Jahr weitgehend textgleich und begründungsgleich, allerdings auch die Entwicklung seit damals aufgreifend, wieder zum Gegenstand der Beratung gemacht haben. Wir möchten, dass das, was seinerzeit geplant war, jetzt verwirklicht wird.

Ich bin Ihnen sehr dankbar für die Stellungnahmen. Es stimmt, dass im Jahre 2010, vielleicht aber auch vor dem Hintergrund der Entwicklung, der Text von uns entsprechend verfasst worden ist.

Ich darf Ihnen, Herr Kolter, bevor ich Ihnen eine Frage stelle, erst einmal ein herzliches Dankeschön dafür sagen, dass wir am 27. Juli sowohl in der Hochschule wie auch an dem Lernort sein durften. Ich darf Ihnen auch, selbst wenn es zwei Wochen her ist, zu Ihrem hervorragenden Ergebnis bei der Wiederwahl als Chef der Verwaltung und als Bürgermeister gratulieren.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass 2009 die Aufnahmeestelle dichtgemacht worden ist. Ob das im Nachhinein betrachtet richtig war, weiß ich nicht. Allerdings haben dort zwischen 1989 und 2009 im Wesentlichen Spätaussiedler Aufnahme gefunden. Bei den damals vorliegenden Zahlen hat sich Unna-Massen für diese Zwecke als einfach nicht mehr notwendig herausgestellt.

Richtig ist auf jeden Fall – und darauf sollte jede konzeptionelle Planung abstellen –, dass die private Hochschule mit 400 Plätzen Zukunft haben muss, dass die Wiederaufnahme von 2013 entsprechend berücksichtigt werden muss.

Meine Frage: Herr Kolter, könnten Sie sich eine Entwicklung vorstellen, in der man das, was Sie dargelegt haben, die Erstaufnahme eines neuen Typs, mithilfe der Hochschule und mithilfe all dessen, was die Sachverständigen hier beschrieben haben – die Entwicklung von damals bis heute, die Bedeutung, die Unna-Massen heute hat, in Verbindung mit Siegen –, in einer Weise darstellt, die vielleicht nicht die Dimension von Friedland haben kann, die aber in gewisser Weise als Kernbereich neuen Typs diese drei Dimensionen mit darstellen kann? Die Frage ist, ob und in welcher Weise die Stadt sich selber an dieser Thematik und an den Arbeitskreisen beteiligt. Ich stelle auch mal die Frage, ob daran gedacht werden kann, dass bei dem, was dann geplant, durchgesetzt und durchgeführt werden muss, die Stadt sich auch mit finanziellen Mitteln beteiligen könnte.

Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Halder, für das, was Sie vorgetragen haben. Ich kann das und auch das, was Sie uns schriftlich vorgelegt haben, vollständig teilen. Sie stellen auf Seite 2 Ihrer Stellungnahme einen Begriff und den inhaltlichen Rahmen infrage. Wenn Sie sich so ausführlich mit dieser Thematik beschäftigt haben: Hätten Sie möglicherweise einen Vorschlag, wie die Namensnennung konkret stattfinden könnte?

Prof. Schwartz, herzlichen Dank für das, was Sie gesagt haben. Dass der Beschluss von 2010 entsprechend korrigiert werden muss, insbesondere das, was Sie als

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Chance definiert haben – Sie sagen, es ist eine Chance, eine breite Palette der Gesamtaspekte mit hineinzubringen –, teilen wir vollkommen. Ob wir eine Möglichkeit finden, dann auch – wie Sie vorgeschlagen haben – Siegen entsprechend einzubinden: Ich meine, wir sollten das hinbekommen.

Was die Broschüre aus dem Jahre 2010 betrifft, stimme ich Ihnen voll zu. Das war nicht nur eine Erfolgsgeschichte; der eine oder andere hatte auch ganz erheblich zu leiden. Völlig d'accord. Herzlichen Dank dafür!

Ein Dankeschön auch an Sie, Frau Khariakova, für das, was Sie vorgetragen haben, vor allen Dingen für das, was Sie uns während des Besuches am 27. Juli dargestellt haben. Das alles gilt ja nicht nur für die 50.000 Juden. Nicht weit entfernt von Ihnen sind ja die koptisch-orthodoxen Christen, die sich in gleicher Weise geäußert haben wie Sie. Ganz herzlichen Dank für die Unterstützung.

Ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Krüger, für dieses Beispiel, vor allen Dingen auch für den Dreiklang der Themen, den wir auch voll unterstützen würden, wenn wir das hier bei uns verwirklichen wollen. Ich stelle die Frage: Wären Sie uns behilflich? Vielleicht können wir es auch selber, aber ich frage einfach mal. Sie haben ja gesagt, dass das bereits im europäischen Verbund beispielhaft durchgeführt worden ist. Ob das ein Alleinstellungsmerkmal für ganz Deutschland bleiben muss, weiß ich nicht. Es ist heute noch ein Alleinstellungsmerkmal. Aber ich stelle mir auch vor, dass NRW mit Unna-Massen etwas Vergleichbares schaffen kann.

Herzlichen Dank für Ihre Beiträge. Ich denke, dass wir durch diese Stellungnahmen und auch durch die heutige Anhörung – bzw. die Ergebnisse, die wir später besprechen werden – das, was in der Vergangenheit vielleicht an Bedenken oder möglicherweise an Hindernissen da gewesen sein mag, jetzt nicht mehr haben und dass wir die Gedenkstätte dort verwirklichen können.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Auch von der SPD-Fraktion einen ganz herzlichen Dank an die Sachverständigen für ihre schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen.

Wir können feststellen, wenn wir Ihre schriftlichen Stellungnahmen lesen und Ihre mündlichen Stellungnahmen hören, dass Flucht und Vertreibung von Ihnen allen als ein Prozess verstanden wird, der leider bis heute nicht geendet hat, dass Sie offensichtlich keine Unterscheidung machen wollen und machen – Gott sei Dank! – zwischen denjenigen, die direkt nach dem Krieg geflohen sind, vertrieben worden sind, und denjenigen, die in den Jahrzehnten danach zu uns gekommen sind. Es waren jedes Mal schreckliche Schicksale. Ich begrüße es ausdrücklich, dass Sie die alle würdigen.

Gerade nach dem Redebeitrag von Herrn Jostmeier, der doch noch mal überlegt, ob man nicht unterscheiden sollte zwischen dem, was vor 2009 war, und dem, was wir zurzeit an Flucht und Vertreibung erleben, stellt sich für uns die Frage, ob man da differenzieren sollte. Ich würde gerne von Ihnen wissen, wie Sie das sehen.

Die zweite Frage, die sich ganz praktisch stellt, lautet: Wie ist die Situation in Unna-Massen derzeit überhaupt? Sie, Herr Bürgermeister Kolter, erleben das ja tagtäglich.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Ich wüsste gerne von Ihnen, wie im Augenblick die Auslastung von Unna-Massen ist und ob Sie uns auch etwas zu den Vereinbarungen zwischen Stadt und Land zur Nutzung von Unna-Massen sagen können. Vertreter der SPD-Fraktion aus dem Kulturausschuss, dem Sozialausschuss und dem Hauptausschuss waren ja auch selbst vor Ort, um sich ein Bild von Unna-Massen und der derzeitigen Situation dort zu machen. Wir hatten auch die Gelegenheit, mit der Hochschule zu sprechen. Da hatten wir den Eindruck – insofern finden wir den Ansatz, den Sie eben vorgetragen haben, sehr interessant –, vielleicht auch in Zusammenarbeit mit Hochschule etwas weiterentwickeln zu können. Das ist eine spannende Geschichte. Die Hochschule hat in dem Gespräch im Übrigen signalisiert, dass sie Interesse hat, daran mitzuwirken, sich aktiv einzubringen.

Diese Fragen gehen an Herrn Kolter.

Generell an die Sachverständigen geht die Frage, ob Sie eine Unterscheidung zwischen Flucht und Vertreibung bis 2009 und danach für sinnvoll halten oder ob Sie – wie einige von Ihnen das ja auch schon dargestellt haben – das als – leider – stetiges Phänomen dokumentiert sehen möchten.

**Heiko Hendriks (CDU):** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Das Kredo der Stellungnahmen ist ja – unwissenschaftlich zusammengefasst –, dass man die Geschichte an einem Ort lückenlos darstellen sollte, mit den Schicksalen, die sich widerspiegeln. Das ist sicherlich generell zu begrüßen; denn man muss Geschichte immer im Gesamten betrachten. Es nimmt seinen Anfang mit den deutschen Heimatvertriebenen und endet – deswegen ist auch eine Fortschreibung möglich; ich fand das sehr spannend, Herr Krüger, was Sie gesagt haben – mit den Menschen, die heute zu uns kommen, die ebenfalls persönliche Schicksale haben.

Was ich bei Ausstellungsbesuchen ganz unterschiedlicher Couleur gelernt habe, ist, dass man – insbesondere dann, wenn man jüngere Menschen für Ausstellungen, Dokumentationen, Museen gewinnen will – Zeitzeugen braucht, Zeitzeugendarstellungen. Das finde ich sehr spannend.

Deswegen geht meine erste Frage an Sie, Frau Khariakova. Sie haben das jetzt nicht so deutlich gesagt, aber ich ja mittlerweile erfahren, dass Sie eine Zeitzeugin sind, die in Unna-Massen angekommen ist. Damit sind Sie eine der Personen – wie viele andere aus den verschiedenen Bereichen auch –, die vielleicht bereit wären, ihre eigene Geschichte anhand von Medien zur Verfügung zu stellen, um zu dokumentieren, welche unterschiedlichen Personen mit welchem Hintergrund in Unna-Massen angekommen sind und wie dann ihr weiterer Weg verlaufen ist – auch als Beispiel dafür, dass Integration auf vielschichtige Weise gelingen kann. Deswegen die fast schon persönliche Frage an Sie, Frau Khariakova, ob Sie persönlich oder andere Mitglieder der jüdischen Gemeinde – denn das war eine ganz große Gruppe, die dort angekommen ist – bereit wären, nicht nur nachher – was Sie angeboten haben – bei der Betreuung mitzuarbeiten, sondern auch bei der Erstellung von Dokumentationen von Zeitzeugen.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Meine zweite Frage geht an Sie, Herr Prof. Schwartz. Ich finde es sehr spannend, was Sie auf Seite 3 Ihrer Stellungnahme schreiben, dass nämlich zwischen 1951 und 1961 viele DDR-Flüchtlinge angekommen sind, die ebenfalls eine ganz eigene Geschichte haben. Ich habe anhand der Quellen, die Sie angegeben haben, versucht zu recherchieren. Sie schreiben:

„Jedoch indiziert die DDR-Diktatur eine deutliche Verbreiterung der Migrationsursachen, wobei sich politische Fluchtmotive häufig mit wirtschaftlichen und familiären Gründen mischten.“

Ohne jetzt in einen Diskurs zu gehen: Ich hoffe, ich verstehe das richtig, dass, wenn wir in der Darstellung auch mit Einzelschicksalen arbeiten würden – was ich persönlich im Gesamtrahmen für klug halte –, damit auch der Wunsch von Menschen gemeint ist, schlicht und einfach in einem demokratischen, rechtsstaatlichen System zu leben und nicht in einer „DDR-Diktatur“ – auch im Verhältnis zu rein familiären Gründen. Könnten Sie das einmal aus Ihrer Sicht erläutern?

Eine Frage will ich auch noch an Herrn Krüger richten. Ich meine, man muss da nichts Neues erfinden. Friedland ist punktuell auch in der Vielschichtigkeit derjenigen, die angekommen sind, vergleichbar mit Siegen und Unna-Massen. Vielleicht können Sie noch etwas dazu sagen – weil ich es auch immer spannend finde, wenn andere, zum Beispiel Studierende, Zeitzeugengespräche führen –, inwieweit man Hochschulen und Studierende insgesamt einbinden kann, die dann sozusagen auf der Basis eines wissenschaftlichen Ausschusses recherchieren und bei der Erstellung einer Dokumentation – oder wie immer wir das nennen; Museum, Erinnerungsstätte – mitarbeiten. Können Sie einmal im Detail darauf eingehen, wie Sie das in Friedland machen? Vielleicht ist das beispielhaft für unsere Gesamtkonzeption.

**Torsten Sommer (PIRATEN):** Herr Vorsitzender! Liebe Kollegen! Sehr verehrte Sachverständige! Vielen Dank für die eingereichten Stellungnahmen auch von der Piratenfraktion. Wir haben sie sehr aufmerksam gelesen, speziell aus dem Grund, weil mein Kollege Lukas Lamla tatsächlich zwei Wochen in Unna-Massen gelebt hat, als seine Familie nach Deutschland gekommen ist, und weil ich Anfang der 90er-Jahre in dem Bereich für das Deutsche Rote Kreuz und für das IKRK meinen Zivildienst geleistet habe – hauptsächlich in Dortmund, aber wir haben auch Menschen von dort betreut.

Ich habe ein paar ergänzende Fragen.

An Herrn Prof. Halder, Herrn Prof. Schwartz und Frau Khariakova: Sie haben zwar alle betont, dass Unna-Massen der erste Ankunftspunkt ist und auch der Start eines Integrationsprozesses. Aber wenn ich mich recht entsinne, war es doch so, dass die Menschen gar nicht so lange in Unna-Massen geblieben sind. Glücklicherweise – ohne dem Standort Unna-Massen etwas Böses zu wollen – waren das ja meistens nur zwei oder drei Wochen. Es ist ja als Durchgangslager konzipiert gewesen und nicht wirklich als Integrationspunkt. Da war das gleich danebenliegende Freibad, glaube ich, ein höherer Integrationsfaktor als das Lager selbst; es hat ja auch einen entsprechenden Beinamen. Ich hätte gerne einmal von Ihnen differenziert gehört:

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Wie würden wir den Integrationsprozess, der da ja nur gestartet wurde, abbilden in einem Museum, in einer Gedenkstätte – wie auch immer wir das sehen wollen?

Dann möchte ich dem Kollegen Hendricks danken, der gerade gesagt hat, dass es Menschen manchmal einfach nur darum geht, in einer sicheren Demokratie zu leben. Ich glaube, das trifft auf sehr viele Geflüchtete zu. Ob wir sie heute Geflüchtete nennen oder wie früher Vertriebene: Kein Mensch verlässt seine Heimat ohne zwingenden Grund. Ist die Differenzierung, die wir hier jetzt vornehmen, im geschichtlichen Kontext von der Verlagerung von Siegen nach Unna-Massen bis zur Schließung zu sehen? Oder betrifft die Differenzierung im Endeffekt die gesamte Menschheitsgeschichte? Denn es ist ja nicht so, dass die Vertreibung von Menschen ihren Ausgangspunkt im Zweiten Weltkrieg gehabt hätte. Ich glaube, sie ist integraler Bestandteil der gesamten Menschheitsgeschichte. Genauso wie Wanderungsbewegungen immer integraler Bestandteil der Menschheitsgeschichte sind. Da hätte ich gerne von den beiden Professoren und auch gerne von Frau Khariakova – gerade als Vertreter der Juden – einen Einblick. Selbstverständlich ist die Shoah ein schlimmes Ereignis in der Menschheitsgeschichte. Aber es ist ja nicht der einzige Punkt in der Menschheitsgeschichte, an dem Juden vertrieben wurden. Wie sollen wir das differenzieren? Macht es überhaupt Sinn, das so differenziert zu betrachten? Müssen wir das nicht eher als Prozess sehen, gegen den wir immer wieder kämpfen müssen und der ein Lernfaktor sein muss – grundsätzlich?

Ohne jetzt Spielverderber sein zu wollen noch eine Frage an Herrn Krüger. Wir sprechen die ganze Zeit von Investitionskosten. Ich glaube, Investitionskosten – das haben wir inzwischen gelernt – können wir immer in irgendeiner Form stemmen; einmalige Kosten schaffen wir immer. Allerdings haben wir damit noch nicht die laufenden Kosten gedeckt. Sie sagten gerade, Sie haben das Projekt in Friedland an eine Stiftung übertragen. Wie haben Sie da die dauerhafte Finanzierung sichergestellt? Und vor allen Dingen, wie hoch wird die in etwa sein?

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch von der grünen Fraktion herzlichen Dank an die Sachverständigen für die schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen! Ich hatte den Eindruck, dass manche Frage schon in den Vorträgen beantwortet worden war. Aber es steht den Sachverständigen natürlich frei, zu ergänzen.

Ich möchte mir eine Vorbemerkung erlauben: Ich finde es angesichts der derzeitigen Flüchtlingssituation in Deutschland ausgesprochen erfrischend, dass alle Organisationen, die da in Deutschland unterwegs sind, voran der Bund der Vertriebenen, in klaren Worten geäußert haben, dass Flucht und Vertreibung aktuelle Themen sind, auch die Frage, wie man Menschen würdig behandelt. Das finde ich bemerkenswert.

In dem Zusammenhang möchte ich mich ausdrücklich bedanken, insbesondere bei Herrn Prof. Halder und auch bei Herrn Prof. Schwartz, dass Sie sich sehr deutlich auf den Antrag bezogen geäußert haben.

Ich habe dazu zwei Nachfragen.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Herr Jostmeier hatte die Interpretation, dass das, was Sie gesagt haben, eins zu eins von ihm übernommen werden könne. Ich habe ein bisschen Schwierigkeiten, das einzuordnen. Vielleicht können Sie, Herr Schwartz, uns einmal deutlich machen, dass Sie konzeptionell – zumindest habe ich das so gelesen – eine angemessene Darstellung fordern. Die unterscheidet sich doch deutlich von dem, was dazu im CDU-Antrag niedergelegt worden ist: die Frage Täter-Opfer-Bezug, auch die Herleitung, warum vertrieben worden ist. Vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen.

Herr Dr. Halder hat ja auf die schlichte Frage Bezug genommen – wenn ich ihn richtig verstanden habe –, ob das denn an dieser Stelle sein muss, ob das in dem Umfang sein muss und ob das, was die finanziellen Mittel anbetrifft, prioritär sein muss. Da möchte ich Herrn Kollegen Sommer ausdrücklich widersprechen: Ich glaube nicht, dass man jede Investition stemmen kann bzw. stemmen sollte, nur weil es einem eingefallen ist – nicht nur, weil die Folgekosten da nicht berechnet sind. Aber das war ja, wie ich finde, schlichtweg eine Frage der Abwägung, ob das gerade in dieser Zeit die richtige Prioritätensetzung ist oder ob nicht auch andere museale Orte geeignet sind – so habe ich es zumindest verstanden –, in dieser Konzeption tätig zu werden. Vielleicht könnten Sie diese beiden Aspekte noch ein bisschen beleuchten.

**Angela Freimuth (FDP):** Meine Damen und Herren Sachverständige, auch seitens der FDP-Fraktion herzlichen Dank sowohl für die schriftlichen Stellungnahmen als auch für die mündlichen Erläuterungen und Zusammenfassungen!

Ich habe noch eine Verständnisfrage, weil ich mir infolge der einen oder anderen Wortmeldung zwischenzeitlich nicht mehr so ganz sicher bin, ob das, was ich ursprünglich von Ihnen gehört und gelesen zu haben glaubte, auch tatsächlich so gesagt wurde. Haben Sie sich alle dafür ausgesprochen, Flucht, Vertreibung, Ankommen zwar mit den unterschiedlichen Gründen, den unterschiedlichen historischen Zeitabschnitten und den unterschiedlichen Motivlagen darzustellen, aber alles zusammen in eine Konzeption einzuarbeiten und nicht nur bestimmte Flucht- und Vertreibungsgründe herauszustellen? – Das nur zum Verständnis.

Eine andere Frage, die sich mir angesichts der aktuellen Fragen zu Flucht, Vertreibung, Herausforderungen an Ankommen und all dem, was danach kommt, stellt, ist, wie ein solches Gedenkstättenkonzept wirklich eingebunden werden kann in die aktuelle Situation auf dem Gelände Unna-Massen – vielleicht notwendigerweise auch wieder für einen längeren Zeitraum. Gibt es da von Ihrer Seite aus Überlegungen, Anknüpfungspunkte, Ideen, wie so etwas ausgestaltet werden kann?

**Ina Scharrenbach (CDU):** Eine Vorbemerkung: Dieser Antrag, Herr Mostofizadeh, kann natürlich auch die Grundlage für einen gemeinsamen Weg sein. Jedenfalls ist das die Intention der CDU-Landtagsfraktion; das haben wir schon im Plenum sehr deutlich gemacht. Denn es ist, glaube ich, schon zielführend – wie Herr Krüger das für Niedersachsen dargestellt hat –, dass alle Fraktionen einen gemeinsamen Willen bilden, wie sie mit der Geschichte der jeweiligen Zeit umgehen wollen.

Jede Geschichte hat ihre Zeit. Das haben Sie ja gerade unabhängig voneinander ausgeführt. Und es ist sicherlich nicht die Aufgabe nachfolgender Politikergeneratio-

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

nen, Geschichte zu werten. Sie haben dargelegt, dass die Broschüre, die 2010 erstellt wurde, ein guter Startpunkt sein kann. Deshalb eine Frage an Herrn Prof. Halder und auch an Herrn Prof. Schwartz: Wie könnte man jetzt von diesem Startpunkt, dieser Broschüre ausgehend das Thema weiterentwickeln? Könnten Sie sich vorstellen, dass man beispielsweise ein universitäres Projekt darüberlegt mit Studenten, um die Zeitzeugendokumentation weiterzuentwickeln? Denn auch die Zeitzeugen werden irgendwann versterben, sodass sie für die Nachfolgenerationen als Quelle überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen. Wenn man das nicht festhält, gehen diese Quellen und damit auch die Geschichte dieser Zeit verloren. Deshalb wäre die konkrete Frage, wie man von diesem Startpunkt aus, von dieser Broschüre 2010 weiter vorgehen könnte.

**Andreas Bialas (SPD):** Ich habe mehrere Fragen.

Herr Dr. Schwartz, Sie sagten, man müsse ein wenig differenzieren zwischen einer Vertreibungserinnerungsstätte und der Bedeutung der Landesstelle. In eine ähnliche Richtung ging das, was Herr Sommer sagte: inwieweit man die Leistung, die im Land erbracht worden ist – teilweise auch Leistungen, die nicht erbracht worden sind –, tatsächlich an dieser Örtlichkeit festmachen kann, wo es Integrationsleistungen so im Grunde gar nicht gegeben hat, weil es eine Durchgangsstelle war, also letztendlich eine Drehscheibe der Weitervermittlung in das Land hinein. Wir sind überhaupt nicht auseinander in der Frage, dass eine Lernörtlichkeit für die Thematik „Flucht, Vertreibung, Ankommen, Integration“ immens bedeutsam ist. Aber inwieweit fokussiert sich das tatsächlich auf diese Örtlichkeit?

Daran anschließend eine Frage an Herrn Kolter – ich weiß, dass Sie nicht für die Universität sprechen, aber Sie werden die besten Kenntnisse haben, wie es vor Ort aussieht –: Wie sieht denn die Universität die Entwicklung einer Gedenkstätte an dieser Örtlichkeit? Die Entwicklung der Universität auf diesem Gelände ist ja auch noch nicht abgeschlossen. Darauf sollte man vielleicht auch noch mal schauen.

An Herrn Dr. Schwartz die Frage, inwieweit auch die aktuellen Bezüge an welchen Örtlichkeiten durchdekliniert werden. Ich rede von Punkten, die wir immer mit solchen Lernstätten der Erinnerungskultur verknüpfen: Wie ist Diskurs möglich? Wie ist Verständnis möglich? Wie sind Toleranz und Kennenlernen möglich? Wie verhält es sich mit den immer dahinter verborgenen wichtigen Fragen von Wertevermittlung und Wertaushandlung, Wertedebatten auch in der Selbstvergewisserung? Und inwieweit ist auch wieder mit dem aktuellen Bezug an dieser Örtlichkeit Unna-Massen Willkommenskultur nur mit Kultur sinnvoll angedockt?

Dann an Herrn Dr. Halder die Frage – Sie hatten ja eine hervorragende Ausstellung in Ihrem Haus –, inwieweit gerade der tagesaktuelle Bezug von Flucht und Vertreibung – nicht die Erinnerung an Flucht und Vertreibung der Deutschen aus den ehemaligen Ostgebieten – Bedeutung hat für die hohe Akzeptanz.

**Lukas Lamla (PIRATEN):** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch von meiner Seite vielen Dank für die Stellungnahmen!

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Herr Hendricks hat mir heute vor Augen geführt, dass ich mich mit Anfang dreißig Zeitzeuge nennen darf. Das ist tatsächlich ein ganz komisches Gefühl. Das kenne sich sonst nur aus irgendwelchen Fernsehdokus. Man hat das nie so auf sich bezogen. Obwohl es mir im Alltag nicht bewusst ist, merke ich an dieser Stelle aber, dass ich scheinbar doch irgendwie anders bin.

Ich habe diesen Antrag sehr aufmerksam mitverfolgt – als Zeitzeuge. Leider ist es so, dass bei mir der Eindruck entsteht – ich weiß nicht, ob das Intention ist oder nicht –, dass hier ein Kapitel abgeschlossen werden soll, ein Meilenstein gesetzt werden soll. Ich weiß nicht, ob wir dem gerecht werden. Denn – das haben schon viele Redner zuvor gesagt – dieser Prozess geht weiter, in diesen Tagen stärker als in den letzten Jahren. Wenn wir irgendetwas für die Erinnerung tun müssen, dann gehört dazu vor allem die Dokumentation – ein Bestandteil des Antrags. Wir sollten an dieser Stelle, in diesen Tagen sehr zurückhaltend sein, da irgendetwas abzuschließen und Meilensteine zu setzen.

Ich bitte die Sachverständigen gleich auszuführen, wie wir denn, wenn wir etwas in diese Richtung unternehmen wollen, verhindern, dass bei anderen Zeitzeugen oder gar bei den Menschen, die heute dort untergebracht sind, der Eindruck entsteht, dass das irgendwie abgeschlossen ist, dass die Menschen, die heute dort sind, anders sind als die Vertriebenen von vor zehn, zwanzig, dreißig Jahren.

**Elisabeth Müller-Witt (SPD):** Ich möchte gerne eine Frage anhängen; sie kam mir durch die Wortbeiträge sehr deutlich ins Bewusstsein.

Brauchen wir eigentlich genau in Unna-Massen für Unna-Massen speziell solch eine Gedenkstätte? Oder müsste man eigentlich darüber nachdenken, dass Nordrhein-Westfalen ein Land ist, wo wir sehr viel mit Flucht und Vertreibung zu tun hatten, weil wir ein Aufnahmeland waren und sind? Müssen wir uns nicht generell mit diesem Thema in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzen? Und in welcher Form? Das kann in Unna-Massen sein. Theoretisch könnte es in Siegen sein oder anderswo. Ist es grundsätzlich so weit einzuengen, dass wir es in Unna-Massen auf eine bestimmte Zeitschiene beschränken? Oder wäre es sinnvoller, sich in einer solchen Einrichtung generell mit der Frage „Flucht und Vertreibung“, auch „Ursachen für Flucht und Vertreibung“ bis in die heutige Zeit zu befassen?

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann (HPA):** Weitere Wortmeldungen liegen mir zurzeit nicht vor. Daran, dass die Fragerunde länger gedauert hat als die Statementrunde, kann man schon erkennen, dass sich die Abgeordneten sehr intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen. Ich denke, das ist auch angemessen.

Wir kommen jetzt zur Antwortrunde. Alle Damen und Herren Sachverständigen sind angesprochen worden.

**Werner Kolter, Bürgermeister der Stadt Unna:** Ich will gerne versuchen, einige der an mich persönlich gerichteten Fragen zu beantworten.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Ich will noch einmal folgenden Hinweis geben: Unna-Massen hatte auf den unterschiedlichen Zeitachsen sehr unterschiedliche Konzepte. Manche Menschen waren in bestimmten Situationen sehr kurz dort. In der langen Phase der geregelten Zuwanderung über die Kohl-Gorbatschow-Verträge hatte Unna-Massen einen ganz anderen Stellenwert. Da haben in Unna-Massen teilweise 3.500 bis 4.000 Menschen in normalen Wohnungen bis zu zwölf Monate ihren ersten Zugang zu Nordrhein-Westfalen gefunden. Dort war eine komplette Infrastruktur mit Schulen. Die Stadt Unna hat dort eine Schule betrieben. Dort wurden die Kinder beschult in Kindergarteneinrichtungen, mit Angeboten der Caritas, der Diakonie und auch aller Kirchen vor Ort. Ebenso gab es eine lange Integrationsphase während des Balkan-Krieges. Auch damals blieben die Menschen sehr lange in Unna-Massen, bis zur Sprachförderung, bis zur Verteilung auf die Kommunen, weil das in der Größe abwickelbar war.

Augenblicklich sind die Menschen keine drei Tage in Unna-Massen. Das ist die Erstaufnahmeeinrichtung, also: Erfassung, Gesundheitsuntersuchung, Verteilung. Die Phase hat es in anderen Zeiten auch gegeben.

Nur um das noch einmal deutlich zu machen: In Unna-Massen gibt es komplette Wohnungen. Das ist keine Lagersituation. Dort stehen Wohngebäude und entsprechende Infrastrukturgebäude. Ich hatte Ihnen gesagt: Als Unna-Massen 2009 schloss, hat das Land dort quasi eine Geisterstadt hinterlassen. 3.500 Menschen – ein Riesenpotenzial! Was passiert da in den nächsten Monaten oder Tagen?

Nun zu der rechtlichen Frage, die angesprochen worden war: Es hat ja ein Rechtsstreitverfahren gegeben zwischen der Stadt Unna und dem Land Nordrhein-Westfalen, Bezirksregierung Arnsberg. Das haben wir über den öffentlich-rechtlichen Vertrag ruhiggestellt. Beide haben ihre Schriftsätze gegenüber dem Oberverwaltungsgericht zurückgenommen. Der öffentlich-rechtliche Vertrag regelt das Rechtsverhältnis: zehn Jahre 600 Plätze in Unna-Massen zur Nutzung für die Erstaufnahme, drei Monate im Jahr an einem Stück maximal 800. – Die tatsächliche Belegung ist im Augenblick dramatisch höher. Formalrechtlich beraten mich meine Juristen dahin gehend, diesen Verstoß des Landes anzuzeigen, weil die Duldung sonst womöglich dazu führt, dass sich die Rechtsposition der Stadt Unna verschlechtert. Wir haben darauf bisher allerdings verzichtet, weil wir der festen Meinung sind, dass die 1.200 bis 1.400, die im Augenblick tageweise in Unna-Massen sind, dort tausendmal besser untergebracht sind als in jedem Baumarkt oder jeder anderen Notaufnahmeeinrichtung.

Wir werden uns mit dem Land in den nächsten Monaten sicherlich auch über die Frage austauschen, wie wir da wieder eine verlässliche Ordnung hineinbekommen, ob man den Vertrag nacharbeiten muss.

Herr Jostmeier hat einige Fragen direkt an mich gerichtet. – Die Konzeption gemeinsam erarbeiten – da sind wir dabei! Ich glaube, auch die Hochschule hat das Signal gegeben, mitzumachen. Dass eine private Hochschule, die privates Geld in eine Immobilienentwicklung hineingesteckt hat, nicht glücklich ist, sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer Erstaufnahmeeinrichtung entwickeln zu müssen und den Studentinnen und Studenten sowie deren Eltern zeigen muss, in welche Nachbarschaft man da eigentlich kommt, ist klar. Aber das alles ist in Unna bisher ausge-

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

sprochen gut gegangen. Dafür spricht die über 60-jährige Nachbarschaft. Es grenzt ja auch ein Wohngebiet mit 3.000 Einwohnern unmittelbar an die Landesstelle an.

Also: gemeinsame Erarbeitung, Hochschule einbinden, gemeinsame Raumnutzung. Das hatte ich in meinem Statement schon angesprochen. Und natürlich die Überleitung! Wenn wir dort noch zehn Jahre aufnehmen werden – und was nach zehn Jahren ist, weiß kein Mensch; wir werden vielleicht auch noch länger darüber reden müssen –, dann sollten wir natürlich eine Verzahnung zwischen dem, was wir geschichtlich darstellen können und wollen, und den jetzt neu ankommenden Menschen mit ihren sozialen, religiösen und ethnischen Hintergründen schaffen. Das muss an einem solchen Ort gelingen. Das muss man miteinander verzahnen. Man muss den Ankommenden zeigen, auch wenn sie nur fünf Tage in Unna-Massen sind: Das ist ein Ort, über den bereits 2,5 Millionen oder 3 Millionen Menschen gekommen sind. Und das hat so oder so funktioniert oder auch nicht. Ich glaube, das ist eine wichtige Informationsvermittlung, die man mit hineinnehmen sollte.

Eine konkrete Frage will ich auch beantworten: Wir sind Haushaltssicherungskommune. Personelle, ideelle und jede andere Unterstützung – aber bis 2020 sehe ich keine Möglichkeiten, dass die Stadt Unna sich an einer Finanzierung beteiligen wird.

**Prof. Dr. Winfrid Halder (Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus) (Stellungnahme 16/3042):** Ich möchte beginnen mit der – etwas flapsig gesagt – Gretchenfrage von Herrn Jostmeier, was einen möglichen Namen angeht. Diese Frage werde ich jetzt nicht beantworten; denn jeder Name, den eine solche Einrichtung bekommen könnte, kann nur Frucht einer langen konzeptionellen Überlegungsphase sein.

Ich vertrete ein Haus, das seinen Namen seit der Umbenennung 1992 trägt. Von dem Namen „Haus des deutschen Ostens“ hat man sich damals sehr zu Recht getrennt. Man hat aber gleichzeitig einen neuen Namen gewählt, der aus meiner Sicht ein Stück weit den Charakter einer Notlösung hatte. Denn die Bezeichnung „Gerhart-Hauptmann-Haus“ nötigt mich heute immer wieder dazu, zu erklären: Ja, wir sind auch ein Literaturhaus, bei uns geht es auch um Literatur. Aber bei uns geht es gleichzeitig noch um viel mehr, um ein wesentlich weiteres Themen- und Aufgabenspektrum.

Diese Frage beantworte ich jetzt also nicht, weil sie nur zu einem Zeitpunkt beantwortet werden kann, wenn man sich genauere Vorstellungen macht von dem künftigen Konzept. Der Name wird auf jeden Fall eine Pluralität abbilden müssen, die in dem Konzept angelegt sein muss, wie es hier heute ja schon von allen dargelegt wurde. Und das künftige Konzept muss all die unterschiedlichen Zuwanderergruppen, die über Unna-Massen kamen, berücksichtigen.

So wie über den künftigen Namen ein Stück weit pragmatisch entschieden werden muss, gilt das auch für den thematischen Zuschnitt. Dazu hat Herr Sommer sich geäußert. Natürlich ist Vertreibung in gewissem Sinne eine Erscheinung in der Menschheitsgeschichte insgesamt. Das versteht sich von selbst. Ich glaube aber, dass man wie bei jeder Darstellung historischer Themen pragmatisch entscheiden muss, wo man Grenzen zieht. Das beträfe nicht nur eine mögliche Einrichtung in Un-

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

na-Massen, sondern auch andere Einrichtungen, die sich mit Flucht und Vertreibung auseinandersetzen. Eine pragmatische Konzentration auf das 20. Jahrhundert: Ich denke, die Forschung ist sich ziemlich einig darin, dass im 20. Jahrhundert Vertreibung als gezielt eingesetztes politisches Instrument eine andere Dimension angenommen hat, als das vorher in der Regel der Fall gewesen ist. Deswegen kann man sich vielleicht auch an dieser pragmatischen, aber sicherlich auch bestreitbaren Konzentration auf das 20. Jahrhundert orientieren.

Grundsätzlich stellt sich ja die Frage – einige haben es schon gesagt –: Wie geht man damit um, dass der Ort Unna-Massen auch immer noch ein Ort der Aufnahme von Menschen ist? Wir haben in unserer Stellungnahme geschrieben, dass darin einerseits eine große Chance liegt, indem man nämlich – so, wie wir das jetzt mit der Ausstellung bei uns im Haus gemacht haben – speziell jungen Leuten deutlich machen kann: Das ist nichts, was nur Vergangenheit ist, was weit weg ist von euch, sondern das ist etwas, was hier und jetzt stattfindet, genau hier und jetzt, und was euch so wie uns alle gemeinsam hier und jetzt angeht. – Darin liegt eine große Chance. Aber gleichzeitig muss man damit natürlich auch vorsichtig umgehen, denn wenn man eine solche Einrichtung hat – wir reden hier von Unna-Massen –, dann darf natürlich bei den Menschen, die heute dahin kommen, nicht der Eindruck entstehen, dass sie auch in irgendeiner Form Ausstellungsstücke sind, die von Gruppen besichtigt werden nach dem Motto: Jetzt gucken wir uns die Fotos von Flüchtlingen und Vertriebenen von 1945 ff. an und gehen dann mal rüber zu denen, die es heute sind. – Das bedarf sicherlich sehr viel Fingerspitzengefühl und einer sehr genauen Überlegung, wie man so etwas mit der heutigen Situation koordiniert. Das ist notwendig und das ist wichtig. Es ist gleichzeitig eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, deren Realisierung man sich sehr genau überlegen muss.

Wir nehmen in diesen Tagen einen syrischen Flüchtling bei uns ins Gerhart-Hauptmann-Haus, in eines unserer Gästeappartements. Aber natürlich ist dieser Mensch kein Ausstellungsstück. Wir werden das tun – ich sage das hier bewusst „nicht öffentlich“ – jenseits unserer öffentlichen Tätigkeit. Wir haben einen Wohnraum zur Verfügung. Den vergeben wir in der gegebenen Situation im Einvernehmen mit dem Vorstand – Herr Bialas weiß davon. Aber das ist natürlich nicht Teil unserer derzeitigen öffentlichen Tätigkeit – anders als die Ausstellung, die wir letzte Woche präsentiert haben.

Es wurde die Frage gestellt nach dem Umgang mit Zeitzeugen und Betroffenen. Für Historikerinnen und Historiker ist es eine Selbstverständlichkeit – da gibt es ja auch erprobte Methoden der sogenannten Oral History –, mit Betroffenen und Zeitzeugen immer sehr vorsichtig umzugehen. Der Umgang findet im Regelfall zunächst einmal nicht öffentlich statt – das dürfte auf der Hand liegen –, denn da geht es oft um sehr persönliche Dinge. Das müsste man natürlich auch berücksichtigen. Aber das ist für diejenigen, die mit den Methoden der Oral History schon zu tun hatten, eine Selbstverständlichkeit.

Natürlich kann man die Broschüre – Frau Scharrenbach hatte das angesprochen – fortschreiben in Projektform. Die ist ursprünglich ja auch mal als Projekt entstanden.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Es wird sicherlich kein Problem sein, entsprechende Forschungseinrichtungen und Universitäten, einzelnen Lehrstühle zu gewinnen, so etwas fortzusetzen.

Frau Müller-Witt, natürlich ist Unna-Massen als Ort nicht zwingend. Auch solche Ortsentscheidungen für bestimmte Erinnerungsstätten sind pragmatische und im Endeffekt politische Entscheidungen. Das ist ein Gemeinplatz, der aber so gültig ist. Es geht ja auch um die Frage, ob in Unna-Massen als einer für die Masse der dort ankommenden Menschen nur relativ kurzfristigen Durchgangsstation das Thema „Integration“ nur bedingt behandelt werden könnte. Aber das ist eben auch eine pragmatische Entscheidung. Die Orte der dauernden Migration sind in Nordrhein-Westfalen nach Hunderten, wenn nicht nach Tausenden zu zählen, während man Unna-Massen als Stätte, durch die sehr viele Menschen kamen – wenn auch viele davon nur für sehr kurze Zeit –, durchaus als Ort in Betracht ziehen kann, um – entsprechend erläutert – zu sagen: Ja, das ist der Ort, der eine besondere Bedeutung hatte als Durchgangsstation.

**Prof. Dr. Michael Schwartz (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin) (Stellungnahme 16/3025):** Zum Namen: Es scheint sich herauszustellen, dass wir zumindest mit zwei Begriffen übergreifend arbeiten können. Das eine ist der hier unstrittige Integrationsbegriff, das andere ist der Begriff der Zwangsmigration. Wir haben hier ganz unterschiedliche Flucht-, Vertreibungs-, Verfolgungssituationen, die man hoffentlich – man muss sich die einzelnen Flüchtlingsgruppen noch mal genauer anschauen – unter den Sammelbegriff der Zwangsmigration fassen könnte. Das ist kein besonders griffiger oder schöner Titel, klingt sehr akademisch. Vielleicht muss man überlegen, wie man das ein wenig öffentlichkeitswirksamer machen kann. Aber das ist zumindest sachlich der gemeinsame Nenner für die meisten Betroffenen.

Zu der Frage, ob für uns Sachverständige der Prozess Zwangsmigration als langfristiger und offener Prozess zu sehen wäre, in dem auch kein Unterschied zwischen den Betroffenenengruppen gemacht würde: Ich sehe das in der Tat so. Der Prozess ist sehr langfristig angelegt – einige Kollegen haben das hier schon angedeutet –, und er ist nicht zu Ende. Das sollte letzten Endes dazu führen, dass wir selbstverständlich auch die aktuellen Prozesse thematisch, inhaltlich aufnehmen, vielleicht in einer Weise, wie das in Friedland schon vorexerziert wird. Das kann sogar unglaublich spannend werden – wenn man die Menschen nicht zu Ausstellungsstücken macht. Absolut richtig!

Keine Unterscheidung: Das würde ich etwas differenzieren. Wenn Sie damit meinen, es wird keine Unterscheidung vorgenommen im Sinne einer Wertigkeit, im Sinne einer Hierarchisierung, haben Sie vollkommen recht. Das würde ich auch ablehnen. Inhaltlich unterscheiden sollte man aber schon. Wir dürfen nicht über einen solchen Lernort in eine relativ diffuse Botschaft hineingeraten: Irgendwie waren ganz viele Menschen von ganz schlimmen Dingen, die wir unter dem Begriff „Zwangsmigration“ fassen, betroffen; das gab es schon immer; das wird es auch weiterhin geben. – Das würde nicht reichen. Wir sollten schon genau schauen: Was waren die Verfolgungskontexte für die einzelnen Gruppen? Was waren auch ihre Integrationsvoraussetzungen, die sie nach Deutschland mitbringen konnten? – So können ganz unter-

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

schiedliche Zugänge für historisch Interessierte möglich werden. Insofern würde ich das schon unterscheiden wollen. Aber keine Wertigkeit!

Was die DDR-Flüchtlinge angeht, haben Sie recht: Natürlich gab es das Fluchtmotiv, der SED-Diktatur zu entkommen – ein sehr gewichtiges. Dabei muss man auch hier unterscheiden: Was ist damit konkret gemeint?

Es gibt Menschen, die sehr stark politisiert waren, die zum Beispiel in der Ost-CDU in den 40er-Jahren selbst aktiv waren, um Deutschland nach der NS-Katastrophe wieder aufzubauen, und die irgendwann gemerkt haben: Es geht hier nicht mehr. – Die haben dann mit sehr intensiven Motiven den Wechsel in die Bundesrepublik vollzogen: von früheren Abgeordneten bis hin zu früheren Ministern von Landesregierungen.

Dann gibt es Bauern, die vor der Zwangskollektivierung geflüchtet sind. Auch das ist eine politische Maßnahme und insofern auch eine politische Fluchtursache, die sich aber mit wirtschaftlichen und womöglich auch soziokulturellen Gründen mischt. Da haben wir schon eine gewisse Unterscheidung.

Häufig sind solche Motivmischungen, wie die Neuroforschung gezeigt hat, auch wirtschaftlicher oder familiärer Art, wirtschaftlich zum Beispiel durch den Lastenausgleich. Etwa ein Drittel der Republikflüchtlinge aus der DDR waren ehemalige Vertriebene. Gerade für ältere Menschen konnte die Umsetzung des Lastenausgleichs in Westdeutschland ein wichtiges Angebot einer einigermaßen vernünftigen sozialen Absicherung sein, die die DDR ihnen versagt hatte. Hier gibt es nur minimale Sozialrenten für Menschen, die alles verloren hatten; da war der Lastenausgleich in der Tat eine großartige Alternative.

Hinzu kommen – häufig gemischt mit solchen Ursachen – auch Ursachen der Familienzusammenführung. Ich habe das auch in meinem eigenen Familienhintergrund: dass Menschen aus Mecklenburg nach NRW weiteremigrierten.

Insofern sollten wir die politischen Motive klar sehen und auch klar benennen. Wir sollten allerdings auch sehen, dass die sehr viel gemischteren Fluchtursachen der DDR-Flüchtlinge von beiden deutschen Staaten gezielt politisiert worden sind. Denn DDR-Flüchtlinge wurden hier vor allem als politische Flüchtlinge willkommen geheißen. DDR-Flüchtlinge wurden vom SED-Regime als Republikflüchtlinge – das war der offizielle Begriff – verunglimpft und kriminalisiert. Das gehört in die historische Erläuterung natürlich auch hinein.

Wie kann man den Integrationsprozess ausgerechnet in Unna-Massen abbilden, einem Durchgangslager? – Das ist in der Tat ein Problem. Einerseits denke ich, man sollte an einem Lernort, der zumindest einen Teil dieser Geschichte abbildet und damit den Reiz des Video Loci hat, also noch etwas anderes darstellt als ein x-beliebiges Museum, natürlich mehr erzählen, als sich nur mit dem Lernort verknüpfen lässt und insofern unterschiedliche Integrationsverlaufsmöglichkeiten andeuten.

Das fängt schon bei den Flüchtlingen und Vertriebenen an. Es war etwas anderes, ob man hier in den Bergbau ging oder ob man irgendwo in einer ländlichen Gegend Nordrhein-Westfalens gelandet ist und da aus irgendwelchen Gründen nicht mehr

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

wegkam. Das verbindet sich häufig mit Migrations- und Geschlechteraspekten. Gerade vertriebene Frauen der älteren Generation waren am schlechtesten integriert; das kann man auch für Nordrhein-Westfalen erzählen. Dagegen sind gerade der Bergbau oder die Stahlindustrie ein unglaubliches Integrationsreservoir vor allem für jüngere Männer gewesen. Ich denke, diese Geschlechteraspekte müssen da mit hinein.

Man kann es trotzdem auch am Ort Unna-Massen bis zu einem gewissen Grade exemplifizieren, gerade wenn man auch die Kontrastierung mit Siegen-Wellersberg sieht. Ich habe das in meiner schriftlichen Stellungnahme kurz angedeutet. Wellersberg scheint ein echtes Elendslager gewesen zu sein, das seitens der Einheimischen in Siegen auch mit Phänomenen von Asozialität und Kriminalität verknüpft und auch stigmatisiert worden ist. Das heißt, Wellersberg war im Grunde – vor allem wenn Menschen dort einen längeren Aufenthalt als die in Unna üblichen mehreren Wochen hinnehmen mussten – zunächst mal ein Beispiel für misslungene Integration. Das kann man an Siegen thematisieren. Man kann für Unna auch thematisieren, dass Unna gerade als Gegenmodell zu einem solchen abgeschotteten Lager begründet worden ist. Da haben wir, glaube ich, durchaus auch lokal bezogene Aspekte, die diese Sache spannend und anschaulich machen können.

Es wurde gefragt, ob Herr Jostmeier und ich eins zu eins übereinstimmen würden. Wenn ich mich recht erinnere, hat Herr Jostmeier seine Äußerung nicht auf mich bezogen, sondern auf den Kollegen Halder. Wir haben ja durchaus einige Dissenspunkte, Kritikpunkte sachlicher Art am Antrag angesprochen. Ich hatte Sie so verstanden, dass Sie das konstruktiv aufnehmen. Insofern fühle ich mich da durchaus positiv auch von Herrn Jostmeier angesprochen. Ich hoffe, das gilt nicht nur für die Frage der Erfolgsgeschichte, sondern auch für die etwas schwierigere Frage des NS-Kontextes, Täter-Kontext. Auch das müssten wir – natürlich ohne dass wir es übertreiben; das Thema ist ja viel breiter – mit hineinnehmen. Ich denke aber, das wird gelingen.

Ob die Broschüre 2010 ein guter Startpunkt sei, war eine weitere Frage. Ich denke, sie enthält viele brauchbare Informationen. Ich habe an zwei Punkten deutlich gemacht, wo ich dringenden Erweiterungsbedarf sehe. Ein weiterer Punkt wäre sicherlich – das beantwortet auch die Zusatzfrage, wie man weiter vorgehen soll –, neben der wissenschaftlichen Perspektiverweiterung die Volksgeschichte etwas zu relativieren und damit auch unschöne Kontexte einzubeziehen. Sicherlich sind die angesprochenen Zeitzeugenprojekte, die auch durch universitäre Seminarprojekte erarbeitet werden könnten – das bewährt sich auch in ganz anderen Fragen ganz ausgezeichnet –, eine Chance.

Bei der Broschüre ist mir auch aufgefallen, dass es noch keine hundertprozentige Datensicherung, was die Zahlen, die Stärke der Gruppen angeht, zu geben scheint. Es werden immer sehr viele Einzelzahlen genannt, aber man vermisst hier eine klare Gesamtstatistik. Da müsste wahrscheinlich auch noch mal eine kleine Forschungsinitiative in die Archive, um das insbesondere für die früheren Jahrzehnte deutlich zu machen. Aber all das kann parallel organisiert werden. Es sollte vielleicht auch, ähn-

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

lich wie das in Friedland gelaufen ist, durch einen wissenschaftlichen Beirat begleitet werden.

Ich komme zu den Fragen der Piratenfraktion. Die Frage, ob das Kapitel abgeschlossen ist oder nicht, beantwortet sich zum einen durch die Verlängerung in die Gegenwart. Sie beantwortet sich zum anderen aber auch damit, dass wir versuchen, über die Vergangenheit vorsichtig zu sprechen, differenziert zu sprechen. Das macht sich zum Beispiel an dem Begriff „Erfolgsgeschichte“ fest. Was meinen wir eigentlich damit? Wen würden wir herunterfallen lassen, wenn wir sagen: „Integration ist im Wesentlichen ein Erfolg gewesen“? Damit wären viele Einzelgeschichten negiert. Was meinen wir damit, wenn wir sagen: „Viele der Flüchtlinge sind erfolgreich in Arbeit und Wirtschaft integriert worden“? Welche Wertigkeit steckt dahinter? Das ist im Grunde der ökonomische Nutzen, den wir dann thematisieren. Was ist dann aber mit den misslungenen Integrationen? Sind diese Menschen wertlos? Sind sie eine Belastung? Wie wollen wir das definieren?

Ich glaube, wir müssen bei solchen Erzählungen auch immer Offenheit bewahren, unsere eigenen Wertigkeiten hinterfragen und vor allem konträre Geschichten zulassen, die zum einen Mehrheitstrends, zum anderen aber auch gewisse Minderheitsverläufe zeigen. Auch damit lassen wir das Kapitel, wenn wir so wollen, über unsere narrative Herangehensweise unabgeschlossen.

**Alexandra Khariakova (Jüdische Gemeinde „haKochaw“ für den Kreis Unna e. V.) (Stellungnahme 16/3018):** Ich möchte zunächst Herrn Sommer antworten. Sie haben gesagt, dass die Menschen nur sehr kurze Zeit in der Landesstelle Unna-Massen waren. Ich bin vor 20 Jahren genauso wie Ihr Kollege in der Landesstelle Unna-Massen gewesen. Meine Familie war drei Wochen dort. Aber wir sind in Unna geblieben. Wir haben das Leben in der Landesstelle Unna-Massen begleitet. In welchem Sinn? Das waren Konzerte, jüdische Konzerte, Weltkonzerte, das waren Seminare für Migranten, für Migrantenselbsthilfeorganisationen, das war die Otto Benecke Stiftung mit Beratung. Unsere Jugendlichen kamen zur Beratung, um bessere Wege zur Weiterbildung zu finden. Die Landesstelle Unna-Massen ist für uns ein fester Begriff geblieben.

Deswegen denke ich, wenn es eine Gedenkstätte sein soll, dass Unna-Massen der beste Ort dafür ist. Denn das ist kein Ort, der erfunden worden ist. Das ist ein Ort, wo wirklich 2,5 Millionen Menschen durchgegangen sind, wo sie gelebt haben.

Wir haben am Sonntag ein Konzert. Dazu lade ich Sie alle herzlich ein. Zwei von drei Musikern, die zu uns kommen – das ist eine Akkordeongruppe –, haben gesagt: Toll! Vor fast 25 Jahren waren wir in der Landesstelle Unna-Massen. Wir würden es gerne besuchen.

Wir bekommen sehr viele Anfragen von Studenten, von Schulen, die uns als jüdische Gemeinde ansprechen – aber in erster Linie, weil wir in Unna-Massen sind, weil sie wissen, dass unser Schicksal durch dieses Lager geht. Es gibt sehr viele Recherchen und sehr viele Anfragen von Jugendlichen, die sich mit der Geschichte auseinandersetzen möchten.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Wenn wir über die Geschichte von Vertreibung sprechen, denkt man bei Juden in erster Linie an die Shoah. Ich denke, dass in die Gedenkstätte Unna-Massen eine andere Geschichte gehört, vielleicht auch der Antisemitismus in der Sowjetunion. Viele Tausend Juden sind aus der Sowjetunion in unser Land gekommen, in das Land der ehemaligen Denker, wie viele es nennen. Das zeigt, dass wir in ein anderes Land gekommen sind, in ein anderes Deutschland. Diese Geschichte muss unbedingt auch beschrieben werden.

Herr Jostmeier und Herr Hendricks, ich bin bereit mitzuarbeiten, in welcher Form auch immer, nicht nur ehrenamtlich, sondern vielleicht auch, wenn Sie etwas für das Konzept brauchen. Wir sind bereit mitzuhelfen.

Das Jüdische Museum Westfalen hat 20.000 Juden in ganz NRW interviewt. Aus diesen 20.000 Interviews sind 24 Geschichten entstanden. Das sind positive und negative Schicksale, erfolgreiche und weniger erfolgreiche Schicksale. Ich denke, die Menschen sollten wissen, dass man, um etwas zu erreichen, viel selbst einbringen muss, auch für die neue Heimat.

Vor 13 Jahren haben wir einen Verein gegründet, Stern e. V., für die Integration jüdischer Zuwanderer. Enorme Hilfe hat uns dabei die Landesstelle Unna-Massen gegeben. Sie hat uns geholfen, Anträge zu stellen, sie hat uns begleitet. Deswegen: Integration war großgeschrieben in der Landesstelle Unna-Massen.

**Oliver Krüger (Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport) (Stellungnahme 16/3052):** Ich möchte eines voranstellen: Ich habe in fünf Jahren Projektleitung beim Aufbau des Museums Friedland gelernt, dass nichts den authentischen Ort ersetzt. Wenn man die Themen, die man bespielt, irgendwo in der Retorte zeigt, bekommt man sie nicht so transportiert wie am authentischen Ort.

Die Projektbeteiligten in Niedersachsen haben Feuer gefangen mit dem Start des Zeitzeugenprojektes. Die Lebensgeschichten haben bewegt. Wenn man die Flüchtlingszahlen über die Jahrzehnte, aber auch die aktuellen, herunterbricht auf individuelle Schicksale: Das versteht man, das berührt einen. Es ist Motivation, das auch anderen Menschen näherzubringen.

Also: Eine ganz große Empfehlung aus den Erfahrungen, die wir in Niedersachsen gemacht haben, ist es, den Schatz, dass mehr als 2,5 Millionen Menschen über Unna-Massen nach NRW gekommen sind, zu heben – im Rahmen eines Zeitzeugenprojektes. Da gibt es viele Möglichkeiten: Zusammenarbeit mit Universitäten, jungen Medien. Das kann die Hochschule vor Ort sein.

Wichtig ist, dass man bei Zeitzeugengesprächen sensibel vorgeht. Unsere Gespräche werden manchmal ein bis zwei Monate vorbereitet durch Telefonate, durch persönliche Gespräche, damit zwischen dem Interviewer und dem Interviewten ein Vertrauensverhältnis besteht.

Wir haben im Projekt sieben Historiker, Soziologen und Wissenschaftler. Und wir haben vier Vollzeitstellen, die sich der Gesamtgeschichte des Grenzdurchgangslagers widmen, zwei davon sind schwerpunktmäßig im Zeitzeugenprojekt engagiert.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Herr Jostmeier, wir würden Unna-Massen als Gedenkstätte – oder in welcher Form auch immer sich das hier weiterentwickelt – als willkommene Ergänzung begrüßen. Wir verlieren gerne unser Alleinstellungsmerkmal. Dann ist es ein Zweistellungsmerkmal zwischen zwei befreundeten Bundesländern. Darüber würden wir uns freuen.

Wir haben auch schon Verknüpfungswege. Viele Menschen, die über Friedland kamen, sind weitergezogen nach Unna-Massen und haben eine Heimat hier in NRW gefunden. Mit unserem landesweiten Zeitzeugenprojekt waren wir auch schon bei Ihnen zu Gast – eine Woche in der Zeche Zollverein – und haben Menschen interviewt, die über Friedland nach NRW gekommen sind. Die Landesstelle Unna-Massen wird also auch in der Dauerausstellung Friedland eine Rolle spielen.

Die laufenden Kosten werden nach dem Wirtschafts- und Stellenplan ungefähr 1 Million € pro Jahr betragen. Das sind bis zu elf Vollzeitstellen. Wir wollen bis zu 20 Teilzeitstellen schaffen für die Führung durch die Dauerausstellung über das Außen Gelände.

Für die Führungen haben sich schon sehr viele ehrenamtlich angeboten, ehemalige Bewohnerinnen und Bewohner, die in Deutschland eine Heimat gefunden haben. Wir können uns genauso das Szenario vorstellen, dass ein Flüchtling, der dieses Jahr – 2015 – aus dem syrischen Bürgerkrieg nach Deutschland gekommen ist, 2017 deutschen Schülerinnen und Schülern der zehnten Klasse über Flucht und Vertreibung der Deutschen nach 1945 erzählt.

Wir wollen gerade diese neuen Ansätze bringen und auch verwirren, damit man bei diesen schweren Themen zum Denken angeregt wird.

Die laufenden Kosten betragen also etwa 1 Million € pro Jahr. Als Land Niedersachsen werden wir der Stiftung „nur“ 800.000 € pro Jahr dauerhaft als institutionellen Zuschuss zur Verfügung stellen. Wir wollen die Stiftung motivieren, 200.000 € durch Eigeninitiative, ein moderates Eintrittsgeld und die Generierung von Drittmitteln einzunehmen. Also: Das Land stellt 800.000 €. 200.000 € sind „Motivationshilfe“.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann (HPA):** Gibt es weitere Fragen an die Damen und Herren Sachverständigen? – Das ist nicht der Fall. Dann übergebe ich an meinen Vorsitzendenkollegen Herrn Schwerd.

**Stellv. Vorsitzender Daniel Schwerd (AKM):** Auch vonseiten des Ausschusses für Kultur und Medien herzlichen Dank an die Sachverständigen für ihre Expertise und ihre Zeit! Das hilft uns sehr weiter.

Ich schließe damit die Sitzung des AKM. Es ist aber sicher in Ordnung, wenn wir als Zuhörer im Saal bleiben.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann (HPA):** Dem Dank an die Sachverständigen schließe ich mich im Namen des Hauptausschusses gerne an. Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise. Wir werden das, was Sie uns an schriftlichen Stellung-

---

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

nahmen und an mündlichen Aussagen geliefert haben, in einer der nächsten Sitzungen auswerten. Ich denke, dass Sie das Thema mit Interesse weiterverfolgen werden.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

## 2 **Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2014**

Vorlage 16/2974

In Verbindung mit:**Bericht an den Hauptausschuss des Landtags gem. § 5b Abs. 4 Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) für das Jahr 2014**

Vorlage 16/2940

- Bericht der Landesregierung sowie Vorstellung und Erörterung mit dem Leiter des Verfassungsschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn Burkhard Freier

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** begrüßt Herrn Freier und erteilt ihm das Wort zur Einführung in den aktuellen Verfassungsschutzbericht.

**MDgt Burkhard Freier (Ministerium für Inneres und Kommunales, Leiter des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen)** erstattet folgenden Bericht:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst in eigener Sache: Ich stelle Ihnen hier meinen Vertreter vor, Herrn Reichel-Offermann, der die Gruppe 62, also den operativen Bereich des Verfassungsschutzes, seit dem 1. September 2015 leitet.

Ich möchte Ihnen heute auch einen Abriss über die Lage und Entwicklung im Extremismus geben. Zunächst aber zum Verfassungsschutzbericht.

Wir haben den Verfassungsschutzbericht etwas anders gestaltet. In erster Linie versuchen wir damit, eine bessere Leseführung hinzubekommen. Das bedeutet: Jedes einzelne Beobachtungsobjekt ist im Überblick auf zwei DIN-A4-Seiten nachzulesen. Der Bericht beinhaltet auch nur noch den aktuellen Teil des Beobachtungsobjektes. Geschichte und Hintergründe sind auf unserer Homepage nachlesbar. Auf diese Weise kann man den Bericht einfach besser lesen. Auf den letzten Seiten gibt es eine Zusammenfassung, eine Komplettiliste aller Beobachtungsobjekte. Das ist wichtig beispielsweise für die Finanzbehörden bei der Anerkennung der Gemeinnützigkeit.

Die Schwerpunkte 2014 im Verfassungsschutz sind dieselben wie bis jetzt im Jahr 2015. Dabei gibt es eine Entwicklung: Aktionen und Gewaltbereitschaft der von uns beobachteten Bereiche haben in 2014 und im ersten Halbjahr 2015 weiter zugenommen, und zwar nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in ganz Deutschland, insbesondere in den Bereichen Salafismus und Wirtschaftsspionage auch europaweit.

Das bedeutet für uns als Verfassungsschutz im Moment die Beobachtung folgender Schwerpunkte: An erster Stelle stehen nach wie vor der gewaltbereite Rechtsextremismus und der extremistische Salafismus. Wir haben zunehmende Emotio-

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

nen und Aktionen der kurdischen Arbeiterpartei PKK. Wir haben eine Zunahme an Wechselwirkungen zwischen den unterschiedlichen Extremismusbereichen. Bisher haben Rechtsextremisten und Linksextremisten sich gegenseitig beeinflusst und Gewalt angewendet, insbesondere bei Demonstrationen. In den letzten Monaten ist aber noch mehr hinzugekommen: die Wechselwirkung zwischen Rechtsextremismus und Salafismus, die Wechselwirkung zwischen der PKK und den türkischen Nationalisten, den Grauen Wölfen. Und wir haben eine zunehmende Gefährdung der Wirtschaft durch Cybercrime und Wirtschaftsspionage. Außerdem beobachten wir einen Bereich der Proliferation. Da gab es 2014 einen Höchststand an Versuchen, Teile von Massenvernichtungswaffen über Schleichwege in die Staaten zu bringen. Das Hauptspionageland war da der Iran.

Wir haben im Salafismus nach wie vor eine Kurve nach oben. Das heißt, wir haben eine zunehmende Zahl an Menschen, die sich in den Salafismus hineinbewegen oder in ihn hineinbewegt werden. Wir haben eine zunehmende Zahl an gewaltbereiten Salafisten. Die Zahl liegt heute bei etwa 400. Wir haben derzeit knapp 2.250 Salafisten; bundesweit sind es inzwischen 7.900. Davon sind etwa 400 Personen gewaltbereit. Die haben in Nordrhein-Westfalen 40 Netzwerke. Es gab 200 Ausreisende und 50 Rückkehrer.

Was den Salafismus im Moment bewegt, das ist vor allen Dingen das Machtvakuum in den Staaten Syrien und Irak. Das ist ein Rückzugs-/Vorbereitungsraum. Weitere Staaten werden hinzukommen: Jemen, Libyen, auch afrikanische Staaten wie Somalia und Nordnigeria.

Wir haben zunehmende emotionale Propaganda im Internet. Dagegen haben wir eine Broschüre entwickelt, um Lehrer(inne)n, Schüler(inne)n, aber auch Eltern und Nachbarn die Möglichkeit zu geben, das überhaupt zu erkennen.

Wir haben eine zunehmende Radikalisierungsvielfalt: „Lies!“-Aktionen, Benefizveranstaltungen usw. Mittlerweile wissen wir ziemlich genau, wie radikalisiert wird. Wenn etwa jeder fünfte Salafist, der ausreist, vorher auf einem „Lies!“-Stand und jeder zehnte vorher auf einer Benefizveranstaltung war, dann ist das schon besorgniserregend, zumal die Zahl dieser Veranstaltungen zunimmt. Wir können sie nicht verbieten, weil da noch im Rahmen des Rechts gehandelt wird. Wir können nur dann verbieten, wenn Straftaten erkennbar sind.

Was den Islamismus betrifft, gibt es neue Trends:

Die Türkei versucht verstärkt, Ausreisen zu verhindern. Auch wir versuchen verstärkt, Ausreisen zu verhindern. Mittlerweile haben wir in 75 Fällen die Ausreise verhindert. Wir haben aber immer noch ähnlich hohe Ausreisezahlen wie in den vergangenen Jahren, seit Anfang des Jahres etwa 60.

Es gibt eine besorgniserregende Entwicklung bei den Frauen. Stand heute sind von den 208 Personen, die ausgereist sind, 52 Frauen – in Nordrhein-Westfalen also 25 %. Bundesweit sind es etwa 21 %.

Erkennbar ist ein Wandel in der Einstellung der Frauen. Sie reisen immer jünger; mehr als die Hälfte ist jünger als 21. Sie reisen auch alleine, also nicht mehr nur in

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Begleitung eines Mannes. Sie sind zu fast 100 % im Internet ideologisiert, radikalisiert. Es gibt im Internet Infoblocks, wie man ausreist, wie man sich vorbereitet, wen man wo trifft. Das läuft alles über das Internet, nicht über die Straße. Wir haben eine viel stärkere Ideologisierung bei Frauen: Sie unterstützen ihre Männer – nicht mehr umgekehrt. Wir haben auch Dokumente, aus denen hervorgeht, dass europäische Frauen in Syrien und im Irak als besonders wertvoll gelten und deswegen für die Männer wie eine Trophäe sind: Wenn sie sich im Kampf bewährt haben, bekommen sie eine europäische Frau.

Wenn man Frauen, die zurückkehren, fragt: „Es kann doch eigentlich nicht sein, dass ihr in ein Land reist, in dem es Unterdrückung gibt, in dem es den Schleier gibt und in dem ihr eigentlich keine Rechte habt“, antworten die Frauen: Das ist genau der Grund, warum wir ausgereist sind: weil wir einen Schleier tragen können, weil wir uns deswegen frei bewegen können, und weil wir dem Manne untertan sind, weil wir dann den Stress mit der Emanzipierung nicht haben. – Also: Das, was wir uns vorstellen, warum Frauen nicht ausreisen, das ist genau der Grund für die Ausreisen.

Diese Ideologisierung ist im Internet so deutlich erkennbar, dass Sorge besteht, dass Frauen auch als Selbstmordattentäterinnen eingesetzt werden, wie es in der extremistischen Szene schon der Fall gewesen ist. Zunächst sind sie aber nicht als Kämpferinnen eingesetzt, sondern mehr zur Unterstützung. Sie werden zum Teil auch an Waffen ausgebildet, aber dann eher zum Bewachen, nicht zum aktiven Kämpfen. Die Zahl nimmt zu.

Was den Salafismus betrifft – ich komme gleich noch zum Rechtsextremismus –, ist in diesem Jahr eine neue Entwicklung erkennbar. Diese neue Entwicklung bezieht sich auf die zunehmende Zahl an Flüchtlingen.

Uns erreichen immer mehr Hinweise darauf, dass salafistische Organisationen versuchen, im Umfeld von Flüchtlingseinrichtungen zu werben. Das ist deswegen besorgniserregend, weil diese Werbung genau mit den Methoden erfolgt, mit denen die Salafisten auch jetzt schon werben: Benefizveranstaltungen, Koran verteilen, Süßigkeiten verteilen, Menschen ansprechen, Kontakt suchen – den Salafismus dabei natürlich nicht offenlegen. Flüchtlinge sind in einer Notsituation und darauf angewiesen, dass man ihnen hilft, dass man überhaupt erst mal mit ihnen redet. Das geschieht oft in derselben Sprache. Deswegen ist der Zugang leicht. Das Ziel ist natürlich – das können wir inzwischen erkennen –, sie in die salafistische Szene zu ziehen und von unseren Grundwerten abzubringen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen inzwischen über 30 solche Hinweise. Das nimmt zu, und zwar ganz schnell.

Wir haben als Verfassungsschutz ganz schnell reagiert, haben Regionalkonferenzen, die wir sowieso veranstalten, genutzt, um in den Kommunen darüber aufzuklären, was Salafismus ist und wie er sich bewegt. Wir haben eine Broschüre entwickelt, bei der man auf wenigen Seiten erkennen kann, was vor den Flüchtlingseinrichtungen eigentlich passiert. Wir haben davon 5.000 Exemplare, die wir in den Kommunen verteilen.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Die Landeszentrale für politische Bildung und der Verfassungsschutz planen jetzt, mehr zu machen, nämlich die Flüchtlinge und die Flüchtlingseinrichtungen noch mal intensiv zu informieren und zu schulen, ihnen Ansprechpartner für genau dieses Problem zur Verfügung stellen. Das wird schnell geschehen. Denn die Salafisten sind schon da, und wir befürchten, dass die Flüchtlinge für diese Botschaften empfänglich sind. Das heißt, wir müssen jetzt versuchen, hier mehr zu erreichen. Das muss natürlich alles mit den Ressourcen gehen, die wir haben.

Eine weitere Entwicklung ist für den Verfassungsschutz im Moment ein wesentlicher Schwerpunkt, und zwar der Rechtsextremismus. Wir stellen zwar immer noch fest – das habe ich hier letztes Jahr auch schon gesagt –, dass die Zahl der Anhänger im Rechtsextremismus nicht steigt, wir haben nach wie vor konstant etwa 3.500; aber es verändert sich die Struktur innerhalb des Rechtsextremismus. Es werden zwar Parteien gebildet wie Die Rechte oder Der Dritte Weg bzw. eine Abspaltung, nämlich von Pro NRW zu Pro Deutschland, die wir jetzt auch beobachten müssen; aber die Strukturen in diesen Parteien sind nach wie vor einer Kameradschaft viel ähnlicher als einer Partei: gewaltorientiert, aktionsorientiert.

Diese zunehmende Zahl an Aktionen von Rechtsextremisten ist im Moment besonders erkennbar rund um Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen. Man kann das auch an Zahlen festhalten: Im Jahr 2014 ist die politisch motivierte Kriminalität im Rechtsextremismus um fast das Doppelte gestiegen. Auch die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingseinrichtungen stieg von bundesweit ungefähr 60 im Jahre 2013 auf das Dreifache im Jahre 2014. Jetzt im Jahre 2015, haben wir schon doppelt so viele wie im ganzen Jahr 2014. Das sind auch kleine Aktionen. Jede Aktion zählt, auch das Hakenkreuz, das an irgendeine Tür geschmiert worden ist.

Besorgniserregend ist aber nicht allein, dass die Zahl zunimmt, sondern auch, dass im Internet eine Verrohung stattfindet, wie es sie bisher noch nicht gab. Das geht so weit, dass beispielsweise bekannte Rechtsextremisten im Internet gar nicht mehr ihren Namen verheimlichen, sondern offen darüber reden, dass Flüchtlinge, die auf eine Autobahn gehen, überfahren werden sollen, dass der Widerstand gegen das System organisiert werden soll. Das wird auch sprachlich nicht mehr verheimlicht.

Es ist auch erkennbar, dass der Shitstorm oder die Hate-Speech, die Sprache im Internet, zahlenmäßig zunimmt, und zwar nicht nur durch bekannte Rechtsextremisten, sondern insbesondere auch durch ein Umfeld, das anpolitisiert ist, das zwar rechte Gedanken hat, aber noch nicht wirklich in der Szene ist. Das nimmt einfach zu.

Soziologen sagen: Wenn im Internet die Sprache rauer wird und man dafür einen virtuellen Applaus bekommt, dann ist die Hemmschwelle, das in die Tat umzusetzen, sehr niedrig.

Deswegen beobachten wir gerade im Bereich des Rechtsextremismus mit großer Aufmerksamkeit in enger Abstimmung mit allen Behörden, auch dem Bundesamt für Verfassungsschutz, ob kleine Zellen am Rand solcher Aktionen entstehen, die nicht nur extremistisch und gewaltbereit sind, sondern terroristisch.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Wir haben Stand heute in Nordrhein-Westfalen keine Erkenntnisse zu einer rechtsterroristischen Struktur. Wir hatten welche; das war die „Oldschool Society“. Wir haben mit den Möglichkeiten, die der Verfassungsschutz hat, festgestellt, dass sich genau so etwas entwickelt.

Rechtsterrorismus ist etwas, was man schon im Keim ersticken muss. Wenn ein Molotowcocktail auf ein Flüchtlingsheim fliegt, dann ist das eine Straftat, die mit allen Konsequenzen verfolgt wird: Brandstiftung, Bedrohung, versuchte Tötung. Ob das ein terroristischer Anschlag ist, hängt nicht vom Verfassungsschutz ab, sondern schlicht vom Strafrecht; denn eine terroristische Tat liegt erst dann vor, wenn mindestens drei Personen nachhaltig für ein gemeinsames Ziel strukturiert vorgehen. Der Unterschied ist schon gravierend. Wenn wir das feststellen würden, hätten wir viel mehr Eingriffsbefugnisse und viel mehr Möglichkeiten. Deswegen haben wir ein Interesse daran, das festzustellen. Wir können es aber nicht einfach als rechtsterroristisch bezeichnen, wenn die Voraussetzungen dafür nicht vorliegen, weil wir dann eben Eingriffsbefugnisse hätten, die wir sonst nicht hätten. Der rechtliche Vorteil, wenn wir feststellen, dass eine Organisation rechtsterroristisch ist, ist schlicht ermittlungstechnisch: Wir können nämlich gegen jeden vorgehen, auch den Nichttäter, das heißt den Unterstützer, den Befürworter. Das würde schon reichen. Wir als Verfassungsschutz stehen hier in enger Zusammenarbeit mit der Polizei. Denn die Signale, die Gefahren bestehen sehr wohl, gerade im Rechtsextremismus und gerade bei der zunehmenden Gewaltbereitschaft.

Wir als Verfassungsschutz haben natürlich noch weitere Themen. Es gibt zum Beispiel eine Zunahme an Gewalt im Linksextremismus. Die Kurve der politisch motivierten Straftaten im Linksextremismus steigt, insbesondere in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten bei Demonstrationen.

Wir haben eine zunehmende Gewaltbereitschaft vor allen Dingen bei jungen Menschen in den beiden Gruppen PKK und türkische Nationalisten, den Grauen Wölfen, die auch aufeinander zugehen, sobald sie das Gefühl haben, sich gegenseitig erkannt zu haben, die auf der Straße also rabiater werden.

Was auch nicht zu unterschätzen ist, ist die Tatsache, dass im Bereich der Wirtschaftsspionage der Diebstahl nach wie vor billiger ist als die Entwicklung und dass die Möglichkeiten, über das Internet anzugreifen, für einen ausländischen Nachrichtendienst immer einfacher werden. Wir haben deswegen eine zunehmende Zahl an Angriffen über das Internet auf Firmen, und zwar auf jede Firma. Es ist egal, was man herstellt. Auf dem Weltmarkt ist es so eng geworden, dass jedes Produkt, jede Marktstrategie, auch jede Forschung gebraucht wird.

Wir als Verfassungsschutz wollen deswegen jetzt auch in die Regionen gehen, um auch kleine und mittelständische Firmen darüber aufzuklären, dass sie genau vier Möglichkeiten haben, sich zu schützen. Wir sagen ihnen:

1. Ihr müsst wie gegen Wohnungseinbrüche einen Riegel setzen. Das ist das Allerwichtigste. Das müsst ihr selber machen.
2. Ihr müsst eure „Kronjuwelen“ erkennen, also euer Know-how, von dem das Unternehmen lebt.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

3. Ihr müsst eure Mitarbeiter sensibilisieren. Denn die Schwachstelle ist der Mensch, nicht die Technik.
4. Wie beim Brandschutz: Ihr müsst es regelmäßig immer wieder tun.

Diese Botschaften bringen wir heraus. Wir bieten den Firmen auch an, dass sie mit uns über die Fälle reden, damit man, wenn man schon den Täter nicht verhaften kann – chinesische und russische Nachrichtendienste stehen immer noch ganz vorne –, zumindest die Methoden erkennt und dann Gegenstrategien entwickelt.

Bei den ganzen Beobachtungen, bei den Ermittlungen, bei den Fragen, wie wir in diesen Extremismusbereichen weiterkommen, um dem entgegenzuwirken, gibt es eine ganz wichtige Erkenntnis aus den letzten Jahren – wichtig: die Wissenschaft hat uns darin zu 100 % bestätigt –: Im Extremismus – das gilt insbesondere für die Bereiche Rechtsextremismus und Salafismus – ist es im Moment so, dass der Kern in diesen Szenen immer fester wird, immer geschlossener, dass er sich von der Mehrheitsgesellschaft immer weiter entfernt. Sie sind mit den Möglichkeiten, die unser Strafrecht bietet, überhaupt nicht abzuschrecken. Das Strafrecht soll ja auch abschreckend sein. Aber für ideologisierte Rechtsextremisten und Salafisten ist es nicht abschreckend.

Sie durchlaufen auch Lernprozesse. Ich habe bei einem Gespräch mit dem Anti-Terror-Beauftragten der EU, Gilles de Kerchove, gefragt: Ist das eigentlich nur in Deutschland so oder auch in den anderen europäischen Ländern? – Darauf sagte er: Nein, es ist überall so. Extremisten durchlaufen Lernprozesse. – Sie lernen relativ schnell, auf Maßnahmen von Sicherheitsbehörden zu reagieren: Wann läuft überhaupt ein Strafverfahren? Wann können Behörden Organisationen überhaupt entdecken? Wo muss ich mich aufhalten, damit ich über Jahre gar nicht erkannt werde? Wie muss ich ausreisen, wie muss ich einreisen, damit ich an der Grenze vorbeikomme? – Das ist alles im Internet beschrieben. Und sie halten sich daran.

Es ist auch zu beobachten – das gilt insbesondere für Rechtsextremisten –, dass sie, wenn man eine behördliche Maßnahme gegen sie einleitet, versuchen, die Sprache im Internet noch zu verschärfen, mit der Folge, dass die Medien das aufgreifen. Die Rechtsextremisten posten dann nach innen: Wunderbar! Auch schlechte Presse ist Öffentlichkeitsarbeit. – Es wirkt also nicht, wenn man sie in den Medien verurteilt, wenn man sie stigmatisiert. Das stachelt nur noch weiter an.

Und sie werden immer klandestiner. Das heißt, sie arbeiten immer verdeckter. Deswegen ist unsere wichtige Botschaft – mit der Landeszentrale für politische Bildung hatten wir in dieser Woche eine Veranstaltung zu genau diesem Zweck –: Wir müssen vor die Lage kommen. Es ist nicht hilfreich, zu glauben, man könnte mit Strafrecht oder mit dem Verbot von Internetseiten viel bewirken. Verbote im Internet bewirken weniger, als wenn man versucht, Jugendliche aufzuklären und ihnen Alternativen aufzuzeigen. Das ist teurer, das ist auch langfristiger. Aber wir werden vor allem nicht die Phänomene, die im Wachsen sind, nämlich den gewaltbereiten Rechtsextremismus und den gewaltbereiten Salafismus, unterbinden, wenn wir nicht mehr auf Prävention setzen. Und Prävention bedeutet, dass man

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

verschiedene Möglichkeiten und Mittel einsetzt: von der Demokratieerziehung bis hin zum Aussteigerprogramm, und zwar keinen Flickenteppich, sondern koordiniert. Deswegen setzen wir als Verfassungsschutz uns mit den anderen Ressorts zusammen – das haben wir schon mehrfach getan –, um alle Maßnahmen, die wir machen, zu koordinieren, die weißen Flecken auszuräumen, keinen Flickenteppich entstehen zu lassen.

Man muss ehrlicherweise sagen: Viele – auch die Medien, auch die Kommunen – sind sensibel, was dieses Thema betrifft. Aber es fehlt in der Öffentlichkeit, in der Gesellschaft immer noch an einer wirklichen Aufmerksamkeit.

Wir haben festgestellt, dass Salafisten während ihrer Radikalisierungsphase dreimal um Hilfe rufen. Es gibt niemanden, der ihnen hilft. Es ist keiner da: weil die Eltern das nicht erkennen, weil die Lehrer keine Zeit haben, weil das Jugendamt gar nicht da ist. Was auch immer. Es gibt mehrere Gründe, warum man das nicht erkennt. Und dann driftet der Jugendliche ab, weil er einen findet, der ihm hilft – und das ist ein salafistischer Laienprediger, der ihm genau das bietet, was fehlt.

Wenn man einen Aussteiger befragt, dann sagt der: Wenn ich erst mal in der Szene drin bin, dann bin ich für Botschaften, die ihr als Behörde oder als Demokratie mir gebt, überhaupt nicht mehr empfänglich. Da ist nichts mehr. – Wenn die in der Szene drin sind, gibt es keinen Zugang mehr. Die sind raus. Wir können Jugendliche in der Szene nicht mehr erreichen – nur vorher.

Wir haben das „Wegweiser“-Projekt, um den Ausstieg hinzubekommen, bevor der Einstieg erfolgt. Das kostet Geld. Und wie jede Prävention ist es ein Mittel, das erst langfristig hilft, nicht wie ein kurzfristiges Verbot. Aber ich glaube, es gibt keine Alternative. Deswegen bauen wir das als Verfassungsschutz zusammen mit den anderen Ressorts auch weiter aus. Wir sagen: Wenn wir nicht vor die Lage kommen und Jugendliche am Einstieg hindern, dann haben wir in zwei Jahren nicht weniger Extremismus. Von alleine hören Rechtsextremisten und Salafisten nicht auf.

Wir sind dran. Ich glaube, dass die Projekte, die wir haben, sehr hilfreich sind, auch immer positiver wirken. Man muss sie nur ausbauen.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** dankt Herrn Freier für die interessanten Ausführungen und eröffnet den Abgeordneten sodann die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Sie danke für den wie immer sehr informativen Vortrag, so **Elisabeth Müller-Witt (SPD)**, und bitte zunächst um Auskunft, ob das Verfassungsschutzgesetz NRW der aktuellen Lage gerecht werde oder ob insoweit Nachsteuerungsbedarf bestehe.

Aus eigener Anschauung wisse sie, so Müller-Witt, dass gerade die KMU das Thema „Wirtschaftsspionage“ sehr vernachlässigten bzw. meinten, davon nicht betroffen zu sein. Es interessiere, ob der Verfassungsschutz über die üblichen Kanäle – Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern – versuche, die Akteure zu sensibilisieren, und ihnen entsprechende Angebote mache.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Übergriffe von Salafisten in der Nähe von Flüchtlingsunterkünften seien ihr zwar bekannt, so die Abgeordnete, überraschten sie dennoch immer wieder, da sie in ihrer vielleicht naiven Vorstellung davon ausgehe, dass die Menschen nach ihrer Flucht aus Syrien, aus dem Irak oder aus Afghanistan für Angebote dieser Gruppe nicht empfänglich seien. Den gleichen Rattenfängern auf den Leim zu gehen, sei einfach nicht logisch.

**Angela Freimuth (FDP)** äußert ebenfalls Dank für den Bericht, der wieder einmal sehr nachdenklich stimme.

Sie könne in ihrer vielleicht ebenfalls naiven Vorstellung nicht fassen – so die Abgeordnete an die Äußerungen von Frau Müller-Witt anschließend –, wieso jene, die vor dem Islamischen Staat flöhen und im Westen Zuflucht suchten und fänden, für die Nachrichten der hiesigen Salafisten empfänglich seien. Herr Freier möge versuchen, dieses Verhalten verständlich zu machen.

Bezogen auf die Grafik „Ausreisen in den Jihad“ auf Seite 21 des Verfassungsschutzberichts wolle sie sichergehen, so Freimuth, dass die beiden Strahlen die Entwicklung der jeweils geschätzten Salafistenzahlen für den Bund und für das Land NRW angäben und die Ausreisen lediglich im unteren Teil der Grafik dargestellt würden.

Er danke für den schriftlichen Bericht und die mündlichen Erläuterungen, so **Torsten Sommer (PIRATEN)**. In der ersten Runde habe er folgende Nachfragen:

Der Verfassungsschutzbericht enthalte nur relativ wenige Angaben über Unterstützungshandlungen und -finanzierungen der Salafisten und militanten Dschihadisten in Deutschland durch andere Staaten. Herr Freier möge vor allem darlegen, wie hoch diese Unterstützungen ausfielen.

Mit Blick auf das Gefahrenpotenzial interessiere, wie viele nach Syrien ausgereiste gewaltbereite Salafisten, die dort Kriegserfahrungen sammelten und auch an Waffen ausgebildet würden, zurückkehrten. Sicher kenne der Verfassungsschutz die Seriennummern nicht, könne aber eine Einschätzung abgeben.

Laut Innenministerium habe Nordrhein-Westfalen inzwischen etwas mehr als 170.000 Flüchtlinge aufgenommen, davon 40 bis 45 % – also ungefähr 80.000 – aus Syrien. Zugleich gebe es 30 Hinweise auf gewaltbereite Extremisten in dieser Gruppe. Sicher gehörten nicht alle Flüchtlinge zu den besten Menschen der Welt; aber sicher sei die weit überwiegende Mehrheit von ihnen einfach auf der Flucht, um Frieden zu finden. Herr Freier möge sich zu dieser Relation äußern.

Auf der in der Tat sehr guten, interessanten Veranstaltung des Verfassungsschutzes hätten alle drei anwesenden Aussteiger – einer aus der rechtsextremen Szene, ein ehemaliger Salafist und einer von der Ülkücü-Bewegung, also den Grauen Wölfen – gesagt, dass sie zu keinem Zeitpunkt von ihrem Weg hätten abgebracht werden können; sie hätten erst nach Jahren selber darauf kommen müssen. Der Bericht spiegele auf den vier Seiten über das Aussteigerprogramm des Verfassungsschutzes nicht wieder, inwieweit die Informationen der betreuten Aussteiger aufgenommen

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

und Programme entsprechend angepasst würden, inwieweit die betreuten Aussteiger auch als Quellen für den Verfassungsschutz dienten.

Er komme nun auf den Rechtsextremismus zu sprechen, so Sommer. Laut Verfassungsschutzbericht finde bei der Partei Die Rechte eine politische Willensbildung nur auf Kreisverbandsebene, nicht aber auf Landesverbandsebene statt. Von den bekannten Kreisverbänden hätten bisher auch nur drei an Wahlen teilgenommen. Bei der Auffangorganisation Der Dritte Weg gebe es sogar noch viel weniger wirkliches Parteienleben. Herr Freier möge darlegen, wie er die politische Willensbildung in Parteien bewerte.

Unter gewaltbereiten Menschen, unter Extremisten könne man sich vieles vorstellen, zum Beispiel Schlägertruppen auf öffentlichen Veranstaltungen. Allerdings bestehe auch die große Gefahr, dass diese sich mit scharfen Waffen und Sprengstoff ausrüsteten. Die Frage sei, welche Erkenntnisse der Verfassungsschutz über die Ausstattung der Extremistengruppen habe und wie er das damit verbundene Risiko einschätze.

Aussteiger berichteten, dass Rechtsextreme sehr enge Verbindungen in Behörden, auch in Polizeibehörden, sogar in die Bundeswehr hinein hätten und diese durchaus auch als Quellen sowohl von Informationen als auch von Schusswaffen nutzten. Der Bericht gehe auf diese sehr bedeutenden, öffentlich zugänglichen Hinweise nicht ein. Es interessiere, welche Erkenntnisse der Verfassungsschutz über die Kontakte zwischen Rechtsextremen und Polizei bzw. Rechtsextremen und Bundeswehr habe.

Ogleich der Verfassungsschutz selbstverständlich im Rahmen von Recht und Gesetz auch mit den Polizeibehörden vor Ort zusammenarbeite, gebe es natürlich Überschneidungen, Überlappungen. Von Interesse sei, ob aus Sicht des Verfassungsschutzes ein Anlass dafür bestehe, dass in einem bestimmten Zeitraum in Düsseldorf 8.000 Stille SMS zur Ortung von mobilen Endgeräten versandt worden seien, in Dortmund im gleichen Zeitraum dagegen 116.000. Aufgrund der Dokumentationsmängel in Polizeibehörden habe man hierzu noch keine Auskunft bekommen können.

Des Weiteren möge Herr Freier erläutern, inwiefern Linksextremisten zurzeit verstärkt Straftaten bei Demonstrationen begingen. Sicher könne man geteilter Ansicht sein, ob eine Sitzblockade eine schwere Straftat, eine Straftat oder was auch immer darstelle. Es gebe aber auch Extrembeispiele – leider sei er dort gewesen, so Sommer –: Wenn eine Polizeieinheit des Nachts versuche, einen voll besetzten Vorraum des Dortmunder Hauptbahnhofes freizuprügeln, um zwölf Rechtsextremisten zu einer S-Bahn zu geleiten, dann steige in der Statistik die Zahl der linksextremen Straftaten.

Zum Thema „Cybercrime“ bitte er um differenzierte Informationen darüber, wie sich Kommunen, Bezirksregierungen und Landesbehörden aufstellten, so Sommer. Kleine und mittelständische Unternehmen seien vielfach genauso wenig auf Wirtschaftsspionage vorbereitet wie große Unternehmen. Wahrscheinlich gehe die öffentliche Verwaltung hier unterschiedlich vor.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Ihrem Dank an Herrn Freier für seinen Bericht schließt **Serap Güler (CDU)** folgende Fragen und Anmerkungen an:

In der Tat könne gerade die Ausweitung der salafistischen und rechtsextremen Szene nicht zufriedenstellen. Die CDU-Fraktion sehe darin auch einen Hinweis darauf, dass die von Herrn Minister Jäger ins Leben gerufenen Programme – das „Wegweiser“-Projekt oder andere Aussteigerprogramme – alles andere als fruchteten, und begrüße daher, dass die Landeszentrale für politische Bildung demnächst stärker in dieses Thema eingebunden werde.

Besonders besorgniserregend finde sie es als Frau, dass in Nordrhein-Westfalen mehr Frauen von Salafisten angeworben würden als im Bundesdurchschnitt, nämlich 25 % gegenüber 21 %. Dafür müsse es einen Grund geben. Es interessiere, ob der Verfassungsschutz überlege, speziell Frauen und junge Mädchen anzusprechen, um sie davor zu schützen, weiter in die Falle der Salafisten zu laufen.

Frau Müller-Witt habe ihr Unverständnis darüber geäußert, dass die Flüchtlinge ausgerechnet in die Falle derjenigen liefen, vor denen sie geflohen seien. Dazu sei angemerkt, dass die Salafisten nicht mit einer Kalaschnikow vor einem Flüchtlingsheim warteten, sondern teilweise mit Engelszungen auf die Flüchtlinge einredeten, am Anfang oft ihre einzigen Ansprechpartner seien, ihnen Hilfe in Landessprache anböten und auch noch denselben Glauben hätten. Viele Flüchtlinge durchschauten nicht sofort, wer tatsächlich hinter diesen Hilfsangeboten stecke. – Sie wolle das nicht als Vorwurf verstanden wissen, so Güler.

An dieser Stelle komme gerade den muslimischen Verbänden große Bedeutung zu. Sie bitte um Auskunft, ob und gegebenenfalls inwieweit der Verfassungsschutz mit den muslimischen Verbänden angesichts der aktuellen Situation rund um das Thema „Flüchtlinge“ und zu ihrem Schutz vor Salafisten zusammenarbeiten wolle. Beispielsweise könnte das „dialog forum islam“ der Landesregierung hier präventiv genutzt werden.

Wolle man das Problem gemeinsam meistern und vor allem junge Menschen vor Salafisten schützen, sei eine enge Zusammenarbeit mit den muslimischen Verbänden unverzichtbar. Jene müssten ihren Zugang zu jungen Menschen stärker als bisher nutzen. Der Vorteil der Salafisten liege insbesondere darin, dass sie die Sprache der Jugendlichen sprächen und oft auch der deutschen Sprache mächtig seien. Das lasse sich von vielen Imamen aus muslimischen Verbänden nicht unbedingt sagen. Dieses sprachliche Manko in freundschaftlicher und enger Zusammenarbeit mit den muslimischen Verbänden zu vermitteln sei auch Aufgabe der Landesregierung. Bisher gebe es diese Zusammenarbeit eher nicht.

Auch die Ausländerkriminalität sei besorgniserregend. Der Bericht, demzufolge die Anzahl der Zwischenfälle bzw. der Konflikte zwischen der PKK und den Grauen Wölfen zugenommen habe, beziehe sich nur auf 2014. Die aktuelle Situation in der Türkei lasse auf einen weiteren Anstieg schließen. Es interessiere, ob der Verfassungsschutz dies genauso sehe.

**Heiko Hendriks (CDU)** stellt folgende fünf Fragen:

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Erstens möge Herr Freier schildern, inwieweit nach seinem Eindruck die in der Tat richtige Erkenntnis, dass man die Menschen erreichen müsse, bevor sie sich in die Zirkel der Salafisten begeben hätten, mittlerweile auch bei den anderen Landesämtern und beim Bundesamt für Verfassungsschutz angekommen sei.

Zweitens interessiere auch bezogen auf die Äußerungen von Herrn Sommer, ob die Partei Die Rechte überhaupt die Voraussetzungen des Parteiengesetzes erfülle.

Drittens. Seine Fraktion habe im NSU-Untersuchungsausschuss, in dem er auch selbst Mitglied sei, gefragt, so Hendricks, ob bei den Ermittlungen zum NSU-Trio auch einbezogen worden sei, dass vielleicht auch Terrorzellen aus anderen Bundesländern nach Nordrhein-Westfalen kämen, um hier Terroranschläge zu verüben. An Herrn Freier richte sich nun die Frage, ob noch Terrorzellen im rechtsextremen Bereich bestünden bzw. neue gebildet würden.

Die vierte Frage beziehe sich auf die Seiten 122 und 123 des Verfassungsschutzberichtes, wonach die PKK bzw. der Volkskongress Kurdistans mehr als 1 Million € jährlich an Finanzmitteln zur Verfügung habe, unter anderem durch Spendensammlungen, Großveranstaltungen und Zeitschriftenverkauf. Herr Freier möge erläutern, was das Gros dieser Summe ausmache.

Fünftens wolle er wissen, so Hendricks, welche Auflagenhöhe die Zeitung der DKP „UZ – Unsere Zeit“ erreiche.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** konstatiert, angesichts dieses umfangreichen Fragenkatalogs könne die Ausschusssitzung sicher nicht wie ursprünglich beabsichtigt gegen 13 Uhr beendet werden. Die Einzelpläne müssten allerdings auf jeden Fall noch eingebracht werden. Vielleicht lasse sich die eine oder andere Frage auch schriftlich beantworten.

**MDgt Burkhard Freier (Ministerium für Inneres und Kommunales, Leiter des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen)** geht davon aus, alle Fragen mündlich beantworten zu können.

Der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen sehe derzeit keinen Bedarf für eine Nachsteuerung beim Verfassungsschutzgesetz NRW. Die notwendigen rechtlichen Instrumente seien gegeben.

Die Sicherheitspartnerschaft mit der Industrie- und Handelskammer, den kleinen Verbänden, dem Verband für Sicherheit in der Wirtschaft, dem Wirtschaftsministerium und der Polizei bestehe seit nunmehr zehn Jahren und habe es sich zur Aufgabe gemacht, die unterschiedlichen Sichtweisen von Sicherheitsbehörden und Wirtschaftsunternehmen zusammenzubringen. Insbesondere viele der kleinen und mittelständischen Unternehmen glaubten, kein Ziel von Wirtschaftsspionage zu sein.

Für junge Flüchtlinge spielten Ideologie und Religion keine Rolle. Sie verlangten nach Wärme, Anerkennung und Kontakt. Entsprechend verhielten sich die Salafisten in der Nähe von Flüchtlingsheimen: Sie zeigten keine Kalaschnikow, sie sagten nicht, sie kämen vom IS, sondern sie böten den Flüchtlingen in deren Sprache und mit de-

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

ren kulturellem Hintergrund Hilfe an, eine Möglichkeit zu beten und das Herz auszuschenken.

Viele Flüchtlinge seien zwar vor Assad geflohen, könnten zwischen Salafismus und Demokratie aber überhaupt nicht unterscheiden. Auch wenn sich das kaum nachvollziehen lasse: Die Flüchtlinge glaubten nicht, dass es sich bei demjenigen, der um sie werbe, um einen IS-Kämpfer handle. Sie seien im Prinzip schutzlos, da sie die Gefahr nicht erkennen würden. Deswegen wolle der Verfassungsschutz diesem Thema nun gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung nachgehen. Dass die Flüchtlinge zugleich sehr sensibel seien, zeige sich an den zahlreichen Hinweisen aus Flüchtlingsunterkünften auf mögliche IS-Kämpfer. Diesen gehe der Verfassungsschutz selbstverständlich nach.

Die Grafik auf Seite 21 des Verfassungsschutzberichts könne tatsächlich missverstanden werden. Der untere Strahl stelle nicht die Ausreisezahlen dar. Bei Berichtsschluss habe man in NRW 1.900 Salafisten registriert und beobachtet, inzwischen seien es mehr als 2.000. Lediglich das Umfeld werde geschätzt. Die Grafik weiter unten auf der Seite gebe die Ausreisezahlen wieder. Momentan seien von den mehr als 2.000 Salafisten in Nordrhein-Westfalen über 200 ausgereist.

Die Feststellung, ob Salafisten durch andere Staaten unterstützt würden, lege eine schwierige operative Maßnahme für einen Inlandsverfassungsschutz zugrunde. Man gehe davon aus, dass der IS eine Zeitlang von den sunnitisch geprägten Anrainerstaaten, zum Beispiel Saudi-Arabien, unterstützt worden sei, könne das als Verfassungsschutz jedoch nicht gerichtsfest nachweisen. Auch das Ergreifen von Finanzermittlungsmaßnahmen sei begrenzt.

Zurzeit halte der Verfassungsschutz die Frage der Unterstützung durch das Ausland auch nicht mehr für wesentlich, da der IS beginne, allein zu existieren. Das Gebilde – ein Staat sei es noch nicht – nehme etwa die gleiche Fläche ein wie Großbritannien und sei nicht mehr auf die Finanzierung von außen angewiesen. Durch den Verkauf von Kulturgütern, Ölquellen und vor allem durch Menschenhandel und Erpressungen verfüge der IS mittlerweile über Möglichkeiten der Geldbeschaffung.

Ziemlich konkrete Hinweise lägen vor, dass 30 % der Rückkehrer in Bund und Land über Kampferfahrungen verfügten; die meisten von ihnen säßen in Haft. Bei den anderen gebe es teilweise erste Hinweise, die aber nicht gerichtsfest seien, oder aber überhaupt keine Kenntnisse dieser Art.

In mehr als 30 Fällen sei bekannt, dass salafistische Netzwerke und Organisationen versucht hätten, im Umfeld von Flüchtlingseinrichtungen zu werben. In etwa einem Dutzend Fälle hätten Flüchtlinge oder auch Leiter der Unterbringungseinrichtungen auf mögliche Salafisten hingewiesen. Flüchtlinge seien da sehr sensibel und hätten auch keine Scheu, eine entsprechende Meldung zu machen. Der Verfassungsschutz ermutige sie und nehme jeden Fall ernst.

Der Verfassungsschutz nutze die Informationen Ausgestiegener, um den Ablauf von Radikalisierungen und die Gründe für den Ausstieg kennen zu lernen. Genau darauf sei auch die genannte Veranstaltung ausgerichtet gewesen. Um die Wirkungen des Aussteigerprogramms Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen einschätzen zu

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

können, habe der Verfassungsschutz ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben, das das Programm als wirkungsvoll einstufte und auch positiv hervorhebe, dass der Verfassungsschutz es anbiete. Gerade Rechtsextremisten scheuten sich nicht, mit einer Behörde zusammenzuarbeiten.

Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen mache als Einziger überhaupt mit seinem Aussteigerprogramm Islamismus auch ein Angebot für aussteigewillige Salafisten. Hier stiegen die Zahlen ebenfalls. Vor allem Konvertiten, aber auch andere Salafisten wollten aussteigen, wenn sie erst einmal eine Schwelle überschritten hätten.

Der Verfassungsschutz halte die Partei Die Rechte für aggressiv-kämpferisch, mit einer Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus. Eigentlich handele es sich eher um eine Kameradschaft als um eine Partei. Rein formal sei sie aber eine Partei, wie ein Gutachter dem Verfassungsschutz bestätigt habe. In einem weiteren Gutachten gehe es derzeit um die Frage, ob es sich nach den ersten Jahren mit einem gewissen „Welpenschutz“ tatsächlich um eine Partei handele oder ob sie sich nur als solche geriere. Hintergrund sei, an diese Partei herangehen zu können, ohne das aufwendige Parteienverbotsverfahren durchführen zu müssen. Sobald die Ergebnisse des Gutachtens vorlägen, sehe man weiter. Mehr lasse sich im Moment nicht offen sagen.

Die Gewaltbereitschaft im Rechtsextremismus nehme nicht nur verbal zu, sondern auch tatsächlich. Immer wieder finde man bei Rechtsextremisten Waffen, man kenne auch die Seriennummern. Der Verfassungsschutz übergebe solche Verfahren aber sofort der Staatsanwaltschaft, weil eine hohe Gefährdung vorliege und die Staatsanwaltschaft über ganz andere Ermittlungsmaßnahmen verfüge.

Rechtsextremisten seien nach wie vor waffenaffin und versuchten, sich Waffen zu besorgen. Jedem Einzelfall werde mit Priorität nachgegangen. Grundlage hierfür seien die Telefonüberwachungsmaßnahmen.

Der Grund für die vergleichsweise hohe Zahl solcher TKÜ-Maßnahmen und Stillen SMS in Dortmund liege in der dortigen Situation, den Rechtsextremisten. Bei einer Stillen SMS werde versucht, mit einem Ping auf ein Handy zu gelangen, um damit den Standort und anschließend die Telefonnummer zwecks Abhörmaßnahmen feststellen zu können – immer genehmigt durch die G10-Kommission und immer dann, wenn der Verdacht auf eine Straftat bestehe.

Linksextremisten begingen sehr unterschiedliche Gewaltdelikte. Der Verfassungsschutzbericht zeige beispielsweise 38 Fälle von Nötigung, 482 Fälle von Sachbeschädigung, 20 Propagandadelikte, 278 Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und 119 Beleidigungen auf. Jeder Einzelfall sei dokumentiert und nachlesbar.

Es werde nicht leichtfertig registriert. Bei Demonstrationen im Linksextremismus sei auch im Jahr 2014 die Zahl der Gewaltdelikte gegen den politischen Gegner und Polizeibeamte schlicht gestiegen. Linksextremisten versuchten bei rechtmäßigen Demonstrationen gegen den Rechtsextremismus ihre eigene Suppe zu kochen. Dies sei auch insofern schade, als die Gesellschaft gerade in Nordrhein-Westfalen immer

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

wieder gegen rechtsextremistisches Vorgehen auf die Straße gehe und die Linksextremisten das Gefühl zerstörten, auch friedlich demonstrieren zu können.

Das Land reagiere schon seit Langem auf Wirtschaftsspionage. Wie in jedem Unternehmen gehe es auch in der Landesverwaltung um den Spagat, mit den Bürgern in Kontakt zu treten und zugleich die eigenen „Kronjuwelen“ zu schützen. Das Landesverwaltungsnetz in Nordrhein-Westfalen funktioniere aber anders als beispielsweise Firmennetze. Es habe keinen direkten Zugang zum Internet, sondern verfüge über Schnittstellen, die von IT.NRW zentral kontrolliert und auch zentral überwacht würden. Drei regelmäßige Kontrollen dienten dazu, Viren und Schadsoftware aufzufangen. Die festgestellte Menge belege, wie wirkungsvoll diese Kontrollen seien. Viel wichtiger sei jedoch die regelmäßige Überwachung des eigenen Netzes und die regelmäßige Mitarbeiterschulung. Dazu rate man auch den Firmen. Der Verfassungsschutz nutze innerhalb des Landesverwaltungsnetzes ein eigenes, abgeschirmtes Netz, eine Art doppelte Schwelle. Die Idee sei also, nicht einfach die Türen zu öffnen, sondern eine Schnittstelle einzubauen. Auch er könne über seinen Dienst-PC nicht einfach so ins Internet gehen, betont Freier.

Ergebnisse präventiver Maßnahmen ließen sich kaum in Zahlen fassen. Das gelte auch für das Aussteigerprogramm „Wegweiser“. Besser sei es, nach möglichen Alternativen zur Bekämpfung des Salafismus zu fragen. Im Übrigen zähle der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen zwar mehr als 2.000 Salafisten, in anderen Bundesländern gebe es gemessen an der Bevölkerung aber noch viel mehr. Kein Land in Deutschland oder Europa halte die Projekte Nordrhein-Westfalens für schlecht. Allerdings seien sie ausbaufähig. Nach einem flächendeckenden Ausbau des „Wegweiser“-Programms solle es im Jahre 2016 14 „Wegweiser“-Stellen und eine mobile Beratung im Bereich des Salafismus geben. Auch im Bereich Rechtsextremismus und Salafismus verfüge das Land über wirkungsvolle Aussteigerprogramme.

Aus welchem Grund in Nordrhein-Westfalen 25 % und deutschlandweit 21 % der Ausgereisten Frauen seien, könne er im Moment nicht sagen, so der Redner. Vielleicht zähle Nordrhein-Westfalen einfach sensibler, vielleicht seien hier aber auch Netzwerke entstanden.

Der Verfassungsschutz arbeite nicht nur mit muslimischen Verbänden zusammen, sondern auch mit den Moscheegemeinden. Die „Wegweiser“-Projekte funktionierten einzig und allein über die Moscheegemeinden vor Ort.

Präventive Maßnahmen, mit denen Menschen vom Salafismus abgehalten werden sollten, würden auch von anderen Ländern ergriffen. Nordrhein-Westfalen sei da aber schon relativ sensibel, habe zum Beispiel als eine der wenigen Verfassungsschutzbehörden ein eigenes Präventionsreferat.

Die Gefahr des Rechtsterrorismus bereite in der Tat große Sorgen. Rechtsterror entstehe aber nicht aus einer Partei wie der Partei Die Rechte, sondern aus Kleinstzellen um diese Partei herum. Die Beobachtungsmethode könne er nicht offenlegen, so Freier, aber doch sagen, dass hiermit eine Sonderauswertung des Bundesamtes für Verfassungsschutz verbunden sei. Es dürfe sich nicht wiederholen, dass ein Bundes-

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

land etwas entdecke, die Beobachtungen aber nicht selber einschätzen könne. Daher nehme jetzt eigentlich immer das Bundesamt für Verfassungsschutz eine zentrale Auswertung der gelieferten Informationen vor und melde dem entsprechenden Bundesland zurück, ob ein Problem bestehe oder nicht.

Mehr als 60 % der Finanzmittel der PKK in Höhe von 1 Million € stammten aus Spenden der Mitglieder.

Die DKP-Zeitung sei mit weniger als 200 Exemplaren für den Verfassungsschutz so unbedeutend, dass er sie in seinem Bericht nicht aufzähle.

(Heiko Hendriks [CDU] wirft ein, schon Schwierigkeiten gehabt zu haben, an eine heranzukommen.)

Dem Verfassungsschutz sei es genauso ergangen, so Freier abschließend.

Angesichts ihrer erneuten Wortmeldungen bittet **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** Herrn Sommer und Frau Güler darum, weitere Fragen schriftlich einzureichen. Herr Freier könne dann schriftlich darauf antworten.

Er wolle lediglich eine seiner Fragen, die noch nicht beantwortet worden sei, wiederholen, erklärt **Torsten Sommer (PIRATEN)**.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** spricht sich auch in diesem Fall für eine schriftliche Beantwortung aus.

Sie würde ihre Frage gerne wiederholen, so **Serap Güler (CDU)**.

Die gestellten Fragen seien protokolliert, merkt **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** an.

Die Antworten allerdings nicht, entgegnet **Torsten Sommer (PIRATEN)**.

Dann bestehe nun Gelegenheit, nicht beantwortete Fragen zu wiederholen, so **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**. Herr Freier möge dann schriftlich antworten.

Rechtsextreme brüsteten sich immer wieder mit ihren Verbindungen zu Polizeibehörden, Ordnungsämtern, Bundeswehr, führt **Torsten Sommer (PIRATEN)** aus. Ihn interessiere, welche Erkenntnisse der Verfassungsschutz hierzu habe.

**Serap Güler (CDU)** fragt nach, ob der Verfassungsschutz auch in Bezug auf Flüchtlinge mit den muslimischen Verbänden zusammenarbeite und ob der Verfassungsschutz auch im Jahr 2015 einen Anstieg der Ausländerkriminalität – Stichwort: Konflikte zwischen der PKK und den Grauen Wölfen – verzeichne.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Die Fragen seien protokolliert und würden schriftlich beantwortet, konstatiert **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**.

**Torsten Sommer (PIRATEN)** will die Antwort auf seine Frage jetzt hören.

Mit Blick auf den nachfolgend tagenden Bauausschuss wolle er nun keine weiteren mündlichen Antworten zulassen, betont **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**.

**Torsten Sommer (PIRATEN)** bittet eindringlich darum, die Fragen noch kurz mündlich beantworten zu lassen. Statt über irgendwelche Termine zu sprechen, hätten die Antworten längst gegeben werden können.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** erteilt Herrn Freier das Wort zur Beantwortung der Frage von Herrn Sommer.

**MDgt Burkhard Freier (Ministerium für Inneres und Kommunales, Leiter des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen)** antwortet, Aussteiger sprächen immer wieder von ihrer Waffenaffinität. Es lägen aber keine Erkenntnisse über eine bewusste Steuerung von Behörden vor. Bekannt sei lediglich ein Fall aus Aachen, wo Polizeianwärter sich rechtsextrem geäußert hätten. Der zuständige Polizeipräsident habe daraufhin sofort ein Verfahren eingeleitet. Bei der Bundeswehr versuche der Militärische Abschirmdienst, solche Fälle sofort herauszufiltern. Es komme immer wieder vor, dass sich jemand nach seinem Dienst bei der Bundeswehr rechtsextrem äußere. Entweder habe er sich zuvor nicht gezeigt oder das Verfahren laufe. Man könne aber davon ausgehen, dass sowohl Polizei als auch Bundeswehr höchstmöglich sensibel seien. Solche Leute schädigten den Ruf der Truppe sehr.

Auf Nachfrage hält **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** fest, dass Frau Güler mit der schriftlichen Beantwortung ihrer Frage einverstanden sei.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

### **3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/9300

Vorlage 16/3184 (Erläuterungsband zu EP 02)

Vorlage 16/3174 (Erläuterungsband zu EP 07, S. 145 ff.)

– Einführungsberichte im Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 01 – Landtag

Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin

Einzelplan 07 Kap. 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung

Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** eröffnet die Haushaltsberatungen des Hauptausschusses für das Haushaltsjahr 2016. Nach den Einführungsberichten bestehe die Möglichkeit, zum Beispiel Verständnisfragen zu stellen, die dann zur nächsten Hauptausschusssitzung beantwortet würden.

Infolge der Umstellung des Haushalts falle nun auch der Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof – in die Zuständigkeit des Hauptausschusses. Die Einführung in diesen Einzelplan 16 werde aus Termingründen vorgezogen.

#### **Einzelplan 16 – Verfassungsgerichtshof**

**Dr. Ricarda Brandts, Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen** trägt vor:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst ganz herzlichen Dank dafür, dass Sie auf meine Anschlusstermine Rücksicht nehmen!

Das erste Mal bringe ich einen Haushaltsplan für den Verfassungsgerichtshof ein. Kurz folgende Erläuterung:

Der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen ist ein allen übrigen Verfassungsorganen gegenüber unabhängiger Gerichtshof des Landes. Die für ihn maßgeblichen Regelungen ergeben sich aus Art. 75 und 76 der Landesverfassung und aus dem Verfassungsgerichtshofgesetz. Letzteres erwähne ich deshalb, weil in § 11 des Verfassungsgerichtshofgesetzes geregelt ist, dass dem Verfassungsgerichtshof die Geschäftseinrichtungen des Oberverwaltungsgerichts zur Verfügung stehen. Diese Regelungen erklären, weshalb der Umfang unserer Haushaltsveranschlagung sehr gering ist. Also: All das, was wir an Geschäftseinrichtungen vom OVG benutzen – Personal- und Sachmittel –, taucht hier gar nicht auf. Die darüber hinausgehenden Veranschlagungen, die dem Plan der Justiz zugeordnet sind, wurden bislang im Haushaltsplan der Ministerpräsidentin – Einzelplan 02 Kapitel 02 610 – abgebildet.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Im Hinblick auf den Rang eines Verfassungsorgans soll der Verfassungsgerichtshof mit dem Haushalt 2016 erstmals einen eigenen Einzelplan erhalten, nämlich den Einzelplan 16.

Die Haushaltsansätze im künftigen Einzelplan 16 sind unverändert aus dem Haushalt 2015 übernommen worden.

Der Schwerpunkt des Haushalts 2016 liegt auf den Personalausgaben. Der unter Titel 427 10 veranschlagte Ansatz in Höhe von 44.000 € umfasst entsprechend den landesgesetzlichen Regelungen die Vergütungen der Wahlmitglieder des Verfassungsgerichtshofs und die Zulagen der Mitglieder kraft Amtes sowie die Entschädigungen in Form von Sitzungsgeldern.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben in Höhe von 14.000 € verteilen sich auf folgende Bereiche: Geschäftsbedarf und Kommunikation, Reisekostenvergütungen, Verfügungsmittel für außergewöhnlichen Aufwand der Präsidentin aus dienstlicher Veranlassung, Öffentlichkeitsarbeit sowie Auslagen in Rechtssachen.

Im April 2015 ist der Haushalt des Verfassungsgerichtshofs bereits neben dem des Oberverwaltungsgerichts und losgelöst vom Haushalt der Ministerpräsidentin in das neue Haushalts- und Kassenprogramm EPOS.NRW überführt worden und stellt damit schon eine sogenannte Budgeteinheit im Sinne des § 25 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes dar.

Der Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen macht haushaltsrechtlich – ich habe es eben schon angedeutet – etwa 0,2 % des Gesamthaushalts des Landes aus.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So fangen alle an! – Heiterkeit)

– Meinen Sie, das könnte noch anders werden?

(Torsten Sommer [PIRATEN]: Wir arbeiten dran!)

– Gut. Ich möchte aber nicht verschweigen, dass gerade das Modell unseres Verfassungsgerichtshofs meiner Ansicht nach durch die Nutzung der Geschäftseinrichtungen des Oberverwaltungsgerichtes äußerst schlank und effizient ausgerichtet ist.

Nachfragen gebe es derzeit offenbar nicht, konstatiert **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**.

### **Einzelplan 01 – Landtag**

Traditionell führe in diesen Einzelplan der Direktor – jetzt die Direktorin – ein, so **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann**.

**Dorothee Zwifelhoffer, Direktorin beim Landtag Nordrhein-Westfalen**, führt in den Einzelplan des Landtags ein:

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ihnen liegt der Entwurf für den Landtagshaushalt 2016 vor. Er enthält gegenüber dem Haushalt 2015 keine wesentlichen Veränderungen. Details und ergänzende Hinweise finden Sie im Erläuterungsband, der Ihnen in den letzten Tagen zugegangen ist.

In meinem Einführungsbericht beschränke ich mich auf das Kapitel 01 010 des Landtags. Soweit Sie Fragen zum Kapitel der Landesdatenschutzbeauftragten haben sollten, stehen Ihnen die Vertreter der LDI zur Beantwortung zur Verfügung.

Zunächst zu den Gesamtsummen:

Die Gesamtausgaben steigen 2016 um 2,7 Millionen € bzw. 2,2 % auf rund 122,9 Millionen €. Dieser Anstieg ist ein Saldo von Mehr- und Minderbeträgen, auf die ich gleich noch näher eingehe.

Zu den Einnahmen:

Die Einnahmenseite ist zu vernachlässigen. Sie bleibt mit 192.500 € unverändert.

Zu den Leistungen an Abgeordnete und Mitarbeiter:

Für 2016 ist in der Haushaltsplanung eine Anpassung der Abgeordnetenbezüge zum 1. Juli um 2 % vorgesehen. Dies führt – auch unter Berücksichtigung der Erhöhung aus 2015 – zu einem Mehrbedarf von rund 0,9 Millionen €.

Darüber hinaus wird der Haushaltsansatz für den Teilbereich „Übergangsgelder und Versorgung“ um 0,4 Millionen € angehoben, nachdem 2015 eine Absenkung erfolgte und es sich gezeigt hat, dass dieses niedrigere Niveau auf Dauer nicht auskömmlich ist.

Der Ansatz für die Gehälter der Abgeordnetenmitarbeiter steigt aufgrund der bereits bekannten tariflichen Anpassungen um 0,6 Millionen €.

Zur Landtagsverwaltung:

Bei den Personalkostenansätzen der Landtagsverwaltung sind tarifliche Steigerungen noch nicht in vollem Umfang berücksichtigt. Das Finanzministerium wird die fehlenden Mittel für die Jahre 2015 und 2016 aus dem Einzelplan 20 bereitstellen. Im Entwurf des Haushalts 2017 werden dann alle Steigerungsbeträge im Einzelplan 01 ausgewiesen.

Zum Sachhaushalt:

Hier erfolgen zunächst nur haushaltsneutrale Umschichtungen, um die jeweiligen Ansätze an die Istentwicklung anzupassen.

Für die Sanierung eines Fraktionssaals sind darüber hinaus 0,5 Millionen € zusätzlich ausgewiesen.

Zur Fraktions- und Parteienfinanzierung:

Die Fraktionszuschüsse steigen 2016 durch die tariflichen Erhöhungen um rund 1,9 %. Hierfür ist ein Mehrbetrag von gut 0,2 Millionen € erforderlich.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

**Werner Jostmeier (CDU)** bittet darum, dem Ausschuss die Einführungsrede in Schriftform zukommen zu lassen.

**Dorothee Zwifelhoffer, Direktorin beim Landtag Nordrhein-Westfalen,** sagt dies zu.

### **Einzelplan 02 – Ministerpräsidentin**

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** erteilt das Wort zur Einführung an Herrn Staatssekretär Dr. Eumann.

**Dr. Marc Jan Eumann, Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien (Staatskanzlei)** berichtet wie folgt:

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Frau Direktorin beim Landtag! Ich bedanke mich im Namen des Chefs der Staatskanzlei, der wegen des Flüchtlingsgipfels der Hauptausschusssitzung heute nicht beiwohnen kann, für die Möglichkeit, in den Etatentwurf einzuführen. Ich verweise auf den schriftlichen Bericht der Staatskanzlei Vorlage 16/3197, der viel ausführlicher ist als das, was ich Ihnen jetzt in Schwerpunkten berichten möchte.

Insgesamt wird der Etat nahezu überrollt. Das Haushaltsvolumen steigt um etwas weniger als 800.000 €. Die Systematik zeigt, dass der Großteil dieser Steigerung etwas mit den Anpassungen der Tarif- und Versorgungsleistungen zu tun hat. In anderen Feldern haben wir umgeschichtet. Die Etatansätze 2015 und 2016 gliedern sich nach ökonomischen Ausgabearten, nämlich Personalausgaben Hauptgruppe 4, sächliche Verwaltungsausgaben Hauptgruppe 5, Zuweisungen und Zuschüsse Hauptgruppe 6, Investitionen Hauptgruppe 8 und sonstige Finanzierung Hauptgruppe 9. Allein durch die Personalausgaben ergibt sich ein Mehr.

Besonders hinweisen möchte ich an dieser Stelle darauf, dass wir zwei zusätzliche Stellen einrichten. Es handelt sich um eine Planstelle A14 für eine(n) sogenannten IT-Sicherheitsbeauftragte(n); das hat auch beim Verfassungsschutzbericht schon eine Rolle gespielt. Darüber hinaus hat sich ergeben, dass wir Botendienste durch eigenes Personal kostengünstiger erledigen lassen können, als, wie bislang geschehen, durch einen externen Dienstleister. Das ist auch im Sinne des Parlamentes die Schaffung „guter Arbeit“.

Die sächlichen Verwaltungsausgaben bleiben trotz steigender Preise konstant.

Der Teil „Zuwendungen und Zuschüsse“ des Einzelplans erfährt insgesamt eine Absenkung von rund 400.000 €.

Es gibt eine zwingend vorzunehmende Erhöhung der Dotation an die Kirchen und der Zuschüsse an die Jüdischen Kultusgemeinden. Sie wissen, dass diese gekoppelt sind an den Index der Besoldungserhöhung der Beamten.

Im Gegenzug schlagen wir erneut eine Absenkung der Fördermittel für die Film- und Medienstiftung vor. Das wird sicherlich noch im zuständigen Ausschuss disku-

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

tiert. Ich will hier nur sagen, dass wir diese Kürzung auch deswegen vornehmen können, weil die Film- und Medienstiftung eine andere Finanzierungssystematik hat. Mit den erhöhten Einnahmen aus Beitragsmitteln für das Jahr 2014 im Jahr 2015 konnten wir 1,4 Millionen € zusätzliche Mittel für die Film- und Medienstiftung erzielen.

Die Absenkung bei den Investitionsausgaben in Höhe von 200.000 € ist nicht struktureller Natur, sondern einem Einmaleffekt geschuldet. Sie wissen aus den Beratungen des Vorjahres, dass wir aus Wirtschaftlichkeitsgründen die Umstellung der Beschaffung von Dienstfahrzeugen von Leasing auf Kauf vorgenommen haben. Dies erforderte in 2015 einen Kapitalansatz, den wir jetzt nicht mehr benötigen.

Ich darf dann noch darauf hinweisen, dass wir mit dem Etat für Öffentlichkeitsarbeit auch im Ländervergleich sehr diszipliniert und verantwortungsbewusst umgehen. So haben Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen von 2014 nach 2015 ihre Etatansätze angehoben. Dies ist in Nordrhein-Westfalen nicht der Fall.

Zu den weiteren politischen Schwerpunkten verweise ich auf den schriftlichen Bericht.

Ich will nur noch auf zwei Punkte hinweisen:

Etwas mehr als ein Viertel, nämlich 25,6 %, des gesamten Etats der Ministerpräsidentin entfällt auf Leistungen an die Kirchen und Religionsgemeinschaften. Dieser Ansatz steigt moderat – die Gründe habe ich genannt – um 0,7 % auf jetzt 32,1 Millionen €.

Und – das ist eine Debatte, die im Ausschuss für Europa und Eine Welt schon geführt wird – wir sind im Gespräch, die Liegenschaft der ehemaligen Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Bonn zukünftig für internationale Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen zugänglich zu machen. Damit leisten wir einen wichtigen strukturellen Beitrag zum weiteren Ausbau des Standortes Bonn. Wir sind gerade in Verhandlungen mit dem Bund, die Liegenschaft unter Festschreibung entsprechender Nutzungsoptionen an den Bund zu veräußern. Dies soll ohne ein öffentliches Ausschreibungsverfahren, aber gleichwohl zum vollen Wert der Immobilie, ermittelt durch einen Wertgutachten, geschehen. Deswegen bedarf es hier einer entsprechenden Ermächtigung durch den Haushaltsgesetzgeber. Einen Vorschlag der Landesregierung finden Sie in § 15 Abs. 6 des Entwurfs des Haushaltsgesetzes.

**Michele Marsching (PIRATEN)** bezieht sich auf Kapitel 02 050 – Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen – mit Titeln für die Bezuschussung zur Durchführung des Katholikentags 2018 und des Evangelischen Kirchentags 2019, wonach jeweils 18 % der jeweils veranschlagten Gesamtkosten vom Land kofinanziert werden sollten. Mit Blick auf die Historie interessiere, ob auch die in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Evangelischen Kirchentage der Jahre 1985, 1991 und 2007 und die in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Katholikentage der Jahre

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

1982 und 1986 mit 18 % der jeweiligen Gesamtkosten bezuschusst worden seien. Er wäre auch für eine schriftliche Antwort dankbar, so der Abgeordnete.

**Dr. Marc Jan Eumann, Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien (Staatskanzlei)** sagt zu, eine schriftliche Antwort nachzureichen.

### **Einzelplan 07 Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung**

**Maria Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung)** führt aus:

Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sie haben es eben schon gehört: Die Eurokrise und der Zerfall von Staaten, Rechtsextremismus, IS-Terror und gewaltbereiter Salafismus, Flucht und Vertreibung – seit langer Zeit hat es nicht mehr eine solche Fülle an beunruhigenden Entwicklungen und Nachrichten gegeben. Sie führen zu Ängsten und Verunsicherung, beschäftigen viele Bürgerinnen und Bürger, führen aber auch zu einem enormen Zuwachs an Engagement.

Die politische Bildung ist besonders gefordert, durch Aufklärung und Information, durch Projekte, Veranstaltungen und weitere mediale Angebote Hilfestellung bei der Einordnung und Bewältigung zu liefern. Auch in krisenhaften Situationen will sie Demokratie und Medienkompetenz stärken, das europäische Geschichts- und Gesellschaftsverständnis fördern sowie das Eintreten gegen Rechtsextremismus und gewaltbereiten Salafismus unterstützen. Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen will dies auch im 70. Jahr ihres Bestehens – sie hat im nächsten Jahr Geburtstag, wird 70 Jahre alt. Sie will weiterhin Lust machen auf Demokratie.

Die Landeszentrale wird 2016 natürlich auch das Landesjubiläum intensivieren. 70 Jahre Nordrhein-Westfalen sind 70 Jahre Demokratie.

Für die Arbeit der Landeszentrale stehen 2016 insgesamt rund 8,8 Millionen € zur Verfügung. Das sind 1,5 Millionen € weniger als im letzten Jahr. Für die Projektgruppe „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ sowie gegen Salafismus werden Haushaltsmittel in Höhe von rund 1,15 Millionen € zur Verfügung stehen. – Herr Seidel von der Projektgruppe ist anwesend und steht selbstverständlich für Fragen zur Verfügung

Für die Arbeit der Landeszentrale stehen, wie ich sagte, 8,8 Millionen € zur Verfügung. Den größten Ansatz des Haushalts hat mit ca. 2,6 Millionen € die Förderung der Einrichtungen der politischen Bildung. Dies ist unverändert.

Auch die Ansätze für folgende Zwecke sind gegenüber dem Jahr 2015 unverändert: Kulturpflege der Vertriebenen mit 2,012 Millionen €, Zuschüsse für parteinahe Stiftungen mit rund 1,8 Millionen €, Projekte in der Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur mit 983.000 €, sonstige Zuschüsse – das sind Personalkostenzuschüsse für den Landesverband der Volkshochschulen speziell für die politische Bildung – sowie Gustav-Heinemann-Friedenspreis mit 29.700 €. Die Zuführung

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

von 1,3 Millionen € an die Auschwitz-Birkenau-Stiftung entfällt in diesem Jahr. Der angestrebte Kapitalstock von 30 Millionen € ist erreicht.

Die Sachmittel für die Landeszentrale – hiervon finanzieren wir unsere Veranstaltungen und Projekte, Medien, Printprodukte – werden um ca. 300.000 € von 1,705 Millionen € auf 1,401 Millionen € reduziert. Davon entfallen 203.500 € auf die Auflösung der globalen Minderausgabe. 100.000 € stellen wir der Projektgruppe „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ zur Verfügung.

Ihnen liegt der schriftliche Bericht zum Haushalt der Landeszentrale vor. In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit will ich nur ein paar ausgewählte Formate vorstellen.

70 Jahre NRW sind Gelegenheit, sich der Entwicklung und Veränderung zu vergewissern, aber auch seiner selbst. Die Landeszentrale begleitet dieses Jubiläum gerne.

Wir werden ein Video „70 Jahre Land Nordrhein-Westfalen – 70 Jahre Demokratie in Nordrhein-Westfalen“ auflegen. Anhand von Schlaglichtern soll die Geschichte des Landes und der Demokratie dargestellt werden. Es wird historisches Bildmaterial mit modernen, animierten Grafiken kombiniert.

Ein Projekt zum 23. August 1946 begleitet die Monate vor und nach der Landesgründung. Medium der Wahl ist hier der Kurznachrichtendienst Twitter, über den mit Kurztexen über zeitgeschichtliche Ereignisse des Jahres 1946 informiert wird, jeweils exakt 70 Jahre, nachdem sie passiert sind. Auf unserer Seite kann man dann auch noch weitere Informationen, Texte, historisches Material nachschlagen. Wir machen das zusammen mit Prof. Nonn, Lehrstuhl Neueste Geschichte hier in Düsseldorf. Wir glauben, dass das ein spannendes Projekt wird, wo wir hoffentlich auch Sie alle mitreißen können, mitzumachen.

Wir machen Videobotschaften zum eigenen Jubiläum. Die Landeszentrale ist ja im Juli 1946 als Staatsbürgerliche Bildungsstelle noch von den Alliierten gegründet worden, ist also gut fünf Wochen älter als das Land. Wir werden Videobotschaften einfangen zum 70. Jahrestag des Bestehens. Wir werden Prominente des Landes aus Politik, Wirtschaft, Verbänden, Stiftungen aufnehmen und die Aufnahmen peu à peu ins Netz stellen. Das wird, so hoffe ich, ein schöner Auftritt, der immer wieder Lust macht, auf die Webseite der Landeszentrale zu gehen. Darüber hinaus werden wird ein Minigame zur Geschichte des Landes erstellen. In der Planung sind auch Veranstaltungen zu „70 Jahre politische Bildung“, reichhaltige Publikationen usw.

Zum Thema „Wahlen“ wird die Landeszentrale im September natürlich beginnen, den Wahl-O-Mat für das Jahr 2017 aufzulegen. Das wird ein Kraftakt. Ich hoffe sehr auf Ihre Unterstützung.

Unter der wichtigen Überschrift „Demokratiekompetenz als Ressource für Quartiersentwicklung“ wirbt die Landeszentrale im ausgewählten Quartieren zurzeit dafür, Demokratiekompetenz und Teilhabe in die integrierten Handlungskonzepte mitaufzunehmen, um Projekte und Maßnahmen zu fördern und Demokratiekompe-

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

tenz zu entwickeln. Dieser Vorgehensweise liegt die These zugrunde, dass die systematische Förderung von Demokratie lernen und Teilhabe – Herr Freier sprach es eben an – eine wesentliche Ressource für die Quartiersentwicklung und für den Bestand unserer demokratischen Gesellschaft ist. Demokratische Kompetenzen sind das soziale Kapital nachwachsender Generationen, auf das die Gesellschaft angewiesen ist. Deshalb möchte die Landeszentrale Projekte und Maßnahmen gerade für junge Menschen in den Fokus nehmen, und das verstärkt in 2016.

Kurz ein paar Überschriften; Sie können es in dem schriftlichen Bericht nachlesen:

Das Angebot „Demokratie konkret! – Bildungsbausteine zur Demokratiekompetenz“ zur Stärkung der Demokratiekompetenz von Jugendlichen wurde 2015/2016 in das staatliche Lehrerfortbildungsprogramm aufgenommen. Ein Feld wird in den Schulen – so hoffen wir – neu besetzt: Wir bieten im Schuljahr 2016/2017 für alle Schulen Projekttag zu diesem Themenfeld an.

Leider müssen wir feststellen, dass antisemitische Pöbeleien und Gewalt dazu führen, dass sich Jüdinnen und Juden in unserem Bundesland heute oft unsicherer fühlen als noch vor Jahren. Vor diesem Hintergrund hat die Landeszentrale das Projekt entwickelt „Alles Hitler oder was? – Aktueller Antisemitismus in Deutschland“. Dieses Projekt stellen wir ab der Jahrgangsstufe 9 zur Verfügung.

Die Informationsreihe „Zwischen Islam und Islamismus!“ wird fortgesetzt. Und die Reihe „Imame und Dialogbeauftragte werden Demokratiebotschafterinnen und Demokratiebotschafter“ wird weiterentwickelt. Wir begleiten damit das von Herrn Freier eben angesprochene Programm „Wegweiser“. Das ist nicht mehr die primäre Prävention – da ist die politische Bildung ganz aktiv –, sondern die sekundäre Prävention.

Ich hoffe, Sie haben schon unser „Save the date“ zum Thema „Politik & Big Data“ gesehen – das war der Werbeblock für dieses Jahr.

Ich muss noch kurz etwas zur Projektgruppe „Handlungskonzept gegen Rechts extremismus“ sagen: Mit den etablierten Mitteln werden die beiden Opferberatungsstellen und fünf mobile Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und Rassismus in den fünf Regierungsbezirken finanziert.

Wie dargestellt wolle die Landesregierung die Mittel für die Landeszentrale für politische Bildung um 1,5 Millionen € kürzen, so **Werner Jostmeier (CDU)**. Diese Mittelkürzung müsse der Ausschuss schon wegen des unter TOP 2 dieser Sitzung – Verfassungsschutzbericht – deutlich gewordenen politischen Handlungsbedarfs thematisieren. Denn wohl selten habe die Landeszentrale für politische Bildung gerade bezogen auf Salafisten und Flüchtlinge so große Aufgaben und Herausforderungen zu bewältigen gehabt wie zurzeit.

Im Zusammenhang mit der Maueröffnung am 9. November 1989, infolge dessen Hunderttausende DDR-Bürger in den Westen gegangen seien, habe die Bundeszentrale für politische Bildung innerhalb weniger Wochen ein sehr hilfreiches Buch aufgelegt, das die gesellschaftliche, kulturelle, föderale Struktur der Bundesrepublik Deutschland darstelle. Das inzwischen mehrfach neu aufgelegte Werk werde an den

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

Schulen noch immer sehr gerne genutzt. Es stelle sich die Frage, ob die Landeszentrale oder sogar die Bundeszentrale für politische Bildung für die aktuell im Land ankommenden Flüchtlinge etwas vergleichbar Wirksames machen wolle.

**Michele Marsching (PIRATEN)** erkundigt sich, ob den Flüchtlingen direkt nach ihrer Ankunft in den hiesigen Einrichtungen freiheitlich-demokratische Grundwerte in der jeweiligen Landessprache vermittelt würden, ob es Willkommenspakete oder dergleichen gebe.

**Maria Springenberg-Eich (Landeszentrale für politische Bildung)** antwortet, auch im Rahmen des NRW-Landesjubiläums werde eine Reihe von Büchern aufgelegt, die selbstverständlich auch der Frage nachgingen, was Demokratie in Deutschland bedeute. Die geplante Handreichung zu der Reihe „Demokratie konkret!“ könne weitere Informationen für Flüchtlinge aufnehmen. Es sei ein guter Hinweis, hier ein Paket zu schnüren.

Der nächste Teil der Haushaltsberatungen im Hauptausschuss finde am 29. Oktober 2015 statt, kündigt **Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** an. Dann bestehe Gelegenheit zur Aussprache und zur Formulierung von Anträgen. Erst im November stehe die abschließende Beratungssitzung zum Haushalt an. Damit der Landesregierung ausreichend Zeit bleibe, Antworten zu formulieren, sollten etwaige schriftliche Fragen bis spätestens 16. Oktober 2015 eingereicht werden.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

**4 Entwurf einer Verordnung zur Verleihung der Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts an die „Union progressiver Juden in Deutschland“ mit Sitz in Bielefeld**

Vorlage 16/3034

– Anhörung des Ausschusses gemäß § 2 Körperschaftsstatusgesetz

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** weist darauf hin, dass nunmehr der zweite Verordnungsentwurf nach Inkrafttreten zur Anhörung vorgelegt worden sei.

**Dr. Marc Jan Eumann, Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien (Staatskanzlei)** erklärt, die Landesregierung habe in ihrer Sitzung am 23. Juni dieses Jahres beschlossen, der „Union progressiver Juden in Deutschland“ mit Sitz in Bielefeld die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen. Dies bedürfe einer Anhörung des zuständigen Landtagsausschusses. Er bitte um Zustimmung.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** stellt fest, damit sei der Ausschuss angehört worden.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

**5 Gesetz zum Siebzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/9516

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** teilt mit, der Hauptausschuss berate über diesen Gesetzentwurf federführend. Der zur Mitberatung aufgerufene Ausschuss für Kultur und Medien wolle sich dem – noch festzulegenden – Beratungsverfahren des Hauptausschusses anschließen.

**Angela Freimuth (FDP)** beantragt namens ihrer Fraktion die Durchführung einer öffentlichen Anhörung.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** will das weitere Vorgehen im Obleutekreis vereinbaren.

**Dr. Marc Jan Eumann, Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien (Staatskanzlei)** bittet den Ausschuss darum, bei seinen Beratungen die im Länderkreis getroffene Terminvereinbarung zu berücksichtigen und dem Gesetzentwurf bis Ende des Jahres 2015 zuzustimmen.

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** weist darauf hin, dass der Hauptausschuss im Jahr 2015 noch am 29. Oktober und am 19. November tagen werde. Außerdem stehe mit dem 10. Dezember ein Bedarfstermin zur Verfügung.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung

Roe

Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

**6 Eine unabhängige Polizeibeschwerdestelle für Nordrhein-Westfalen schaffen**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/8974

(Keine Diskussion)

Der mitberatende Hauptausschuss will sich an der vom federführenden Innenausschuss beschlossenen öffentlichen Anhörung, die am Dienstag, dem 16. Februar 2016, ab 14 Uhr stattfinden soll, nachrichtlich beteiligen.

Hauptausschuss (42.)

24.09.2015

Ausschuss für Kultur und Medien (47.) Sitzung  
Gemeinsame Sitzung zu TOP 1 (öffentlich)

Roe

## 7 Verschiedenes

**Vorsitzender Prof. Dr. Rainer Bovermann** erinnert unter dem Stichwort „Gedenkstätten“ an die vom Hauptausschuss im Jahr 2014 unternommene Reise nach Polen und Tschechien und regt an, im Jahr 2016 Gedenkstätten zum Thema „Nationalsozialismus“ in Nordrhein-Westfalen zu besuchen. Ohnehin stehe das größere Projekt „Vogelsang“ an.

gez. Prof. Dr. Rainer Bovermann  
Vorsitzender (HPA)

gez. Daniel Schwerd  
Stellv. Vorsitzender (AKM)

02.11.2015/04.11.2015

211